

# Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	LXXI
Literaturverzeichnis. . . . .	LXXXV
<b>Erster Teil:      Grundlegung. . . . .</b>	<b>1</b>
1. Kapitel: Gegenstand und Begriff des internationalen Zivilprozessrechts. . . . .	1
2. Kapitel: Verhältnis des internationalen Zivilprozessrechts zum internationalen Privatrecht . . . . .	6
3. Kapitel: Entscheidungsharmonie . . . . .	28
4. Kapitel: Internationales Zivilprozessrecht als Teil des internationalen Verfahrensrechts . . . . .	40
5. Kapitel: Rechtsquellen. . . . .	46
6. Kapitel: Internationales Zivilprozessrecht und Grundgesetz . . . . .	120
7. Kapitel: Anknüpfungspunkte . . . . .	147
8. Kapitel: Qualifikation . . . . .	156
<b>Zweiter Teil:      Lex fori-Prinzip oder System der kollisionsrechtlichen                           Verweisung auch im Prozessrecht? . . . . .</b>	<b>165</b>
<b>Dritter Teil:      Gerichtsbarkeit. . . . .</b>	<b>181</b>
1. Kapitel: Begriff und Grenzen der Gerichtsbarkeit . . . . .	182
2. Kapitel: Befreiung von der Gerichtsbarkeit . . . . .	228
3. Kapitel: Staatenimmunität . . . . .	253
4. Kapitel: Immunität der Organe des völkerrechtlichen Verkehrs . . . . .	308
5. Kapitel: Immunität von Truppen fremder Staaten. . . . .	326
6. Kapitel: Einschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit im Hinblick auf deutsches Auslandsvermögen . . . . .	328
7. Kapitel: Immunität internationaler Organisationen. . . . .	329
8. Kapitel: Prüfung der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland in jeder Lage des Verfahrens . . . . .	335
<b>Vierter Teil:      Internationale Zuständigkeit . . . . .</b>	<b>337</b>
1. Kapitel: Generalia . . . . .	338
2. Kapitel: Ausschließliche internationale Zuständigkeiten . . . . .	350

## Inhaltsübersicht

	Seite
3. Kapitel: Regelung der internationalen Zuständigkeit in der deutschen Zivilprozessordnung . . . . .	373
4. Kapitel: Internationale Notzuständigkeit . . . . .	397
5. Kapitel: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht. . . . .	402
6. Kapitel: Forum non conveniens . . . . .	411
7. Kapitel: Forum shopping . . . . .	423
8. Kapitel: Grundlinien der internationalen Zuständigkeitsordnung des autonomen deutschen Rechts . . . . .	433
9. Kapitel: Anknüpfungen für die internationale Zuständigkeit. . . . .	467
10. Kapitel: Vereinbarungen über die internationale Zuständigkeit . . . . .	565
11. Kapitel: Prüfung der internationalen Zuständigkeit . . . . .	633
12. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit durch sekundäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	651
13. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit in völkerrechtlichen Vereinbarungen . . . . .	654
<b>Fünfter Teil: Justizgewährungsanspruch . . . . .</b>	<b>663</b>
<b>Sechster Teil: Internationales Zustellungsrecht . . . . .</b>	<b>707</b>
1. Kapitel: Rechtsquellen. . . . .	710
2. Kapitel: Zustellungen für deutsche Gerichtsverfahren . . . . .	722
3. Kapitel: Zustellungen für ausländische Gerichtsverfahren in Deutschland . . . . .	744
4. Kapitel: Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke in Deutschland . . . . .	760
<b>Siebenter Teil: Parteien und ihre Vertreter . . . . .</b>	<b>762</b>
<b>Achter Teil: Internationales Beweis- und Beweisverfahrensrecht . . . . .</b>	<b>792</b>
1. Kapitel: Internationales Beweisrecht im Spannungsfeld zwischen lex causae und lex fori. . . . .	792
2. Kapitel: Internationales Beweisverfahrensrecht – Grundfragen . . . . .	819
3. Kapitel: Beweisaufnahmen mit Auslandsbezug in Zusammenhang mit vor deutschen Gerichten anhängigen Verfahren . . . . .	833
4. Kapitel: Beweisaufnahmen auf deutschem Territorium für im Ausland anhängige Verfahren . . . . .	851
5. Kapitel: Ladung von Zeugen ins Ausland . . . . .	880
6. Kapitel: Kein Verbot der freiwilligen Mitwirkung an einer vom ausländischen Gericht – ohne Einschaltung deutscher Rechtshilfeorgane – veranlassten Beweisaufnahme, die (angeblich) die Souveränität Deutschlands verletzt. . . . .	882
7. Kapitel: Nichtanerkennung ausländischer Entscheidungen, die auf einem völkerrechtswidrigen Beweisverfahren beruhen? . . . . .	882

# Inhaltsübersicht

	Seite
8. Kapitel: Beweisaufnahme für schiedsgerichtliche Verfahren . . . . .	884
9. Kapitel: Beweissicherung im Ausland . . . . .	884
<b>Neunter Teil: Anwendung ausländischen Rechts durch die deutschen Gerichte . . . . .</b>	<b>886</b>
<b>Zehnter Teil: Durchführung in Deutschland anhängiger Verfahren mit Auslandsberührung . . . . .</b>	<b>908</b>
<b>Elfter Teil: Bedeutung eines im Ausland anhängigen Verfahrens bei Identität oder Konnexität des Streitgegenstands . . .</b>	<b>924</b>
<b>Zwölfter Teil: Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen . . . . .</b>	<b>952</b>
1. Kapitel: Anerkennung ausländischer Entscheidungen . . . . .	958
2. Kapitel: Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel . . . . .	1086
<b>Dreizehnter Teil: Internationales Zwangsvollstreckungsrecht . . . . .</b>	<b>1142</b>
<b>Vierzehnter Teil: Internationales Insolvenzrecht . . . . .</b>	<b>1171</b>
1. Kapitel: Grundfragen . . . . .	1176
2. Kapitel: Deutsche Insolvenzverfahren mit Auslandsberührung . . . . .	1208
3. Kapitel: Anerkennung der Wirkungen ausländischer Insolvenzverfahren . . . . .	1226
4. Kapitel: Insolvenzkollisionsrecht und insolvenzrechtliche Sachnormen für Fälle mit Auslandsberührung . . . . .	1243
<b>Fünfzehnter Teil: Internationale Rechtshilfe . . . . .</b>	<b>1258</b>
<b>Sechzehnter Teil: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .</b>	<b>1263</b>
1. Kapitel: Rechtsquellen . . . . .	1268
2. Kapitel: Grundfragen . . . . .	1274
3. Kapitel: Die Schiedsvereinbarung als Basis für die „Zuständigkeit“ des Schiedsgerichts . . . . .	1293
4. Kapitel: Das Verfahren vor dem Schiedsgericht . . . . .	1309
5. Kapitel: Das Schiedsgericht . . . . .	1313
6. Kapitel: Durchführung des Schiedsverfahrens . . . . .	1315
7. Kapitel: Schiedsgericht und internationales Privatrecht . . . . .	1318
8. Kapitel: Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche . . . . .	1322

# Inhaltsübersicht

	Seite
<b>Anhang</b> .....	1355
I. Verzeichnis der Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) vorwiegend zum EuGVÜ . .	1355
II. Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen . .	1369
III. Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 .....	1408
IV. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen .	1445
V. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates .	1469
VI. Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren. ....	1481
VII. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen .	1508
VIII. Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens .....	1519
IX. Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen. ....	1533
X. Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen. ....	1546
XI. Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen .....	1579
XII. United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property on 2 December 2004. ....	1594
XIII. Haager Übereinkommen vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen .....	1605
<b>Sachverzeichnis</b> .....	1643

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	LXXI
Literaturverzeichnis .....	LXXXV

## Erster Teil: Grundlegung

### 1. Kapitel: Gegenstand und Begriff des internationalen Zivilprozessrechts

I. Überblick .....	1
II. Definitionsversuche .....	3
III. Auslandsbezogenheit .....	4
IV. Kein internationales Recht .....	5
V. Öffentliches Recht .....	5
VI. Regelungsinhalte .....	5
VII. Kollisionsrecht .....	6

### 2. Kapitel: Verhältnis des internationalen Zivilprozessrechts zum internationalen Privatrecht

I. Gegenstand der Regelung .....	6
II. Lex fori-Prinzip .....	7
III. Keine Beschränkung auf bloße Rechtsanwendung .....	7
IV. Unterschiede zwischen dem ordre public-Vorbehalt im internationalen Privatrecht und im internationalen Zivilverfahrensrecht .....	8
1. Strukturelle Unterschiede .....	8
2. Kollisionsrechtlicher ordre public (Art. 6 EGBGB) .....	8
3. Anerkennungsrechtlicher ordre public (§ 328 I Nr. 4 ZPO, § 109 I Nr. 4 FamFG, § 343 I 2 Nr. 2 InsO) .....	9
4. Rechtshilferechtlicher ordre public .....	13
V. Keine (räumliche) Fixierung auf eine Rechtsordnung .....	13
VI. Unterschiede bei den Anknüpfungen .....	14
VII. Gegenseitigkeit .....	16
VIII. Vergeltungsrecht .....	16
IX. Internationale Fungibilität der Gerichte – eine Fiktion ebenso wie die (grundsätzliche) Austauschbarkeit der Rechtsordnungen ..	17

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
X. Selbständigkeit des internationalen Zivilverfahrensrechts gegenüber dem internationalen Privatrecht . . . . .	18
1. Kompetenzrecht. . . . .	18
2. Anerkennungsrecht . . . . .	18
XI. Reichweite der Verweisung der IPR-Kollisionsnorm . . . . .	22
1. Keine Verweisung auf das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht der lex causae . . . . .	22
2. Keine Verweisung auf das Kompetenzrecht der lex causae. . . . .	23
3. Eigenständiges Verfahrenskollisionsrecht? . . . . .	23
4. Grenze zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht . . . . .	23
XII. Priorität des internationalen Zivilverfahrensrechts? . . . . .	27
 <b>3. Kapitel: Entscheidungsharmonie</b>	
I. Kompetenzrecht . . . . .	28
II. Anerkennungsrecht . . . . .	28
III. Beachtung ausländischer Rechtsvorstellungen im inländischen Verfahren . . . . .	29
IV. Bedeutung des Forums für den Ausgang des Prozesses . . . . .	31
1. Gerichtsverfassung. . . . .	31
2. Verfahrensablauf . . . . .	32
3. Anwendbares Recht . . . . .	37
4. Ermittlung ausländischen Rechts . . . . .	37
5. Durchsetzbarkeit . . . . .	38
6. Rechtsklima. . . . .	38
7. Judizielles Gesamtsystem . . . . .	38
8. Prozessbeendigung ohne Sachurteil. . . . .	39
V. Einebnung der Unterschiede durch das Anerkennungsrecht . . . . .	39
VI. Formeller Entscheidungseinklang bei mehreren (widersprüchlichen) Entscheidungen über den gleichen Streitgegenstand . . . . .	40
 <b>4. Kapitel: Internationales Zivilprozessrecht als Teil des internationalen Verfahrensrechts</b>	
I. Bereiche des internationalen Verfahrensrechts . . . . .	40
II. Verhältnis zum internationalen Strafverfahrensrecht . . . . .	40
1. Adhäsionsverfahren . . . . .	40
2. Bindung des Zivilrichters an Feststellungen des Strafrichters . . . . .	41
3. Vollstreckung ausländischer Strafurteile . . . . .	44
4. Anwendung des § 190 StGB auch auf ausländische Strafurteile . . . . .	44
5. Keine Beachtung des Prinzips „le criminel tient le civil en l'état“ . . . . .	45
III. Verhältnis zum Verwaltungsstreitverfahren . . . . .	45
1. Kompetenzrecht. . . . .	45
2. Anerkennungsrecht . . . . .	45

**5. Kapitel: Rechtsquellen**

I. Völkergewohnheitsrecht. . . . .	46
1. Achtung der Souveränität fremder Staaten – Gebietshoheit . . .	46
2. Immunitätsrecht . . . . .	49
3. Fehlen einer internationalen Zuständigkeitsordnung . . . . .	49
4. Fremdenrechtlicher Mindeststandard . . . . .	52
5. Menschenrechte. . . . .	58
6. Völkerrechtliche Anerkennungs- und Vollstreckungsverbote . .	59
7. Kein Verbot der Durchsetzung ausländischer öffentlich- rechtlicher Forderungen . . . . .	60
8. Völkerrechtliche Schranken für Hoheitsakte mit extra- territorialer Wirkung . . . . .	61
9. Extraterritoriale Wirkung fremder Hoheitsakte – Pflicht zur Beachtung (Anerkennung)? . . . . .	61
10. Völkerrechtliche Voraussetzungen für die Anwendung eigenen Rechts. . . . .	63
11. Völkerrechtliche Verpflichtung zur Ermittlung ausländischen Rechts? . . . . .	70
12. Völkerrechtliche Zulässigkeit der Verurteilung zum Handeln oder Unterlassen im Ausland, wenn der Aufenthalts- bzw. Heimatstaat (gegensätzliche) Verhaltensnormen aufgestellt hat . . . . .	70
13. Durchgriffshaftung. . . . .	73
14. Zuständigkeitsdurchgriff . . . . .	73
15. Gewaltverbot . . . . .	74
16. Gerichtsverfahren gegen völkerrechtswidrig Entführte. . . . .	75
17. Gegenstände, die völkerrechtswidrig ins Inland gebracht wurden . . . . .	76
18. Amtshaftungsansprüche. . . . .	76
19. Comitas gentium . . . . .	76
20. Völkerrechtliche Haftung für Gerichtsurteile . . . . .	77
21. Haftungsrechtlicher Durchgriff auf die Mitgliedstaaten inter- nationaler Organisationen. . . . .	85
22. Keine Übertragbarkeit der International Dispute Settlement Rule auf Verfahren vor nationalen Gerichten . . . . .	85
23. Reaktionsmöglichkeiten nicht (unmittelbar) betroffener Staaten auf Völkerrechtsverletzungen . . . . .	86
24. Fehlende Rechte der Individuen: Können diese die Völker- rechtswidrigkeit staatlichen Handelns geltend machen? . . . . .	86
25. Aufhebung und Abänderung von gerichtlichen Ent- scheidungen und sonstigen Hoheitsakten ausländischer Staaten . . . . .	86
26. Aufhebung ausländischer Schiedssprüche . . . . .	87
27. Kriegs- und Besatzungsschäden. . . . .	87
28. Zahlungsmoratorien wegen Staatsnotstands . . . . .	88

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Völkervertragsrecht . . . . .	89
1. Überblick . . . . .	89
2. Vorbehalte zu völkerrechtlichen Verträgen . . . . .	90
3. Inhalt der Staatsverträge . . . . .	91
4. Haager Konventionen . . . . .	96
5. Völkerrechtliche Verträge der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik . . . . .	98
III. Recht der Europäischen Union . . . . .	99
1. „Säulenwechsel“ durch den Vertrag von Amsterdam . . . . .	99
2. Brüsseler Übereinkommen vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen . . . . .	105
3. Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz mit dem Sitz in Luxemburg . . . . .	106
4. Zuständigkeitsbereich der nationalen Gerichte . . . . .	108
5. Vorlagepflicht der nationalen Gerichte an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) . . . . .	108
6. Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV/Art. 12 EGV und Garantie des gleichen Zugangs zu allen öffentlichen Dienstleistungen (Art. 56 AEUV/Art. 49 EGV) im internationalen Zivilverfahrensrecht . . . . .	113
7. Nichtanwendbarkeit nationaler Präklusionsvorschriften . . . . .	116
8. Zurückdrängung des lex fori-Prinzips im Interesse der Gewährleistung der Marktgrundfreiheiten . . . . .	116
IV. Europäischer Wirtschaftsraum . . . . .	116
V. Kommission für ein europäisches Zivilprozessrecht . . . . .	119
VI. Unidroit-Entwurf . . . . .	119
VII. Autonomes Recht . . . . .	119
 <b>6. Kapitel: Internationales Zivilprozessrecht und Grundgesetz</b>	
I. Prinzip der offenen Staatlichkeit . . . . .	120
II. Eröffnung internationaler Zuständigkeit . . . . .	120
1. Justizgewährungsanspruch des Klägers . . . . .	120
2. Gerichtspflichtigkeit des Beklagten . . . . .	122
a) No right not to be sued abroad . . . . .	122
b) Minimum contacts . . . . .	124
3. Rechtliches Gehör . . . . .	124
4. Unterschiedliche Behandlung von In- und Ausländern . . . . .	126
III. Klagezustellungen aus dem Ausland . . . . .	127
IV. Anerkennung . . . . .	129
1. Pflicht zur Anerkennung . . . . .	129
2. Versagungsgründe . . . . .	129
3. Anforderungen an den Begriff „Gericht“ . . . . .	130



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Prärogative der Bundesregierung als Trägerin der auswärtigen Gewalt (Art. 32 I GG) . . . . .	130
VI. Verhältnis von Verwaltung und Rechtsprechung in internationalrechtlichen Angelegenheiten . . . . .	131
1. Verkehr mit ausländischen Behörden zum Zwecke der Rechtshilfe . . . . .	131
2. Rechtsstellung der Konsularbeamten bei Vernehmung von Zeugen und Erhebung sonstiger Beweise . . . . .	132
3. Beweisaufnahmen für im Ausland anhängige Gerichtsverfahren . . . . .	134
4. Rechtshilfe als Aufgabe des Bundes gemäß Art. 32 I GG. . . . .	135
5. Entscheidungsmonopol der Landesjustizverwaltung bzw. des Oberlandesgerichtspräsidenten in Ehesachen . . . . .	138
VII. Innerstaatliche Geltung der Normen des Völkerrechts in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	138
1. Überblick . . . . .	138
2. Allgemeine Regeln des Völkerrechts . . . . .	138
3. Sonstige Regeln des Völkerrechts . . . . .	140
4. Völkerrechtliche Verträge . . . . .	140
VIII. Pflicht zur Anwendung ausländischen Rechts . . . . .	140
IX. Keine Bindung der Gerichte an die Rechtsmeinung der Regierung zu völkerrechtlichen Fragen . . . . .	141
X. Feststellungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts zu Fragen des Völkerrechts . . . . .	141
XI. Kein Anspruch auf diplomatischen Schutz . . . . .	144
XII. Grundrechtsschutz gegen nichtdeutsche Rechtsprechungsakte . . .	144
 <b>7. Kapitel: Anknüpfungspunkte</b>	
I. Staatsangehörigkeit . . . . .	147
1. Überblick . . . . .	147
2. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit . . . . .	147
3. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit . . . . .	149
4. Gleichgestellte Personen. . . . .	150
II. Wohnsitz . . . . .	152
III. Gewöhnlicher Aufenthalt . . . . .	152
IV. In- bzw. Ausland . . . . .	154
V. Parteiautonomie . . . . .	155
1. Kompetenzrecht. . . . .	155
2. Zustellungsrecht . . . . .	155
3. Anerkennungsrecht . . . . .	155
4. Disponibilität des Verfahrens- und Beweisrechts. . . . .	155

**8. Kapitel: Qualifikation**

I. Keine eigenständigen Qualifikationsmethoden. . . . .	156
II. Abgrenzung zwischen Prozessrecht und Sachrecht. . . . .	157
III. Auslegung der Begriffe in Staatsverträgen . . . . .	157

**Zweiter Teil: Lex fori-Prinzip oder System der kollisionsrechtlichen Verweisung auch im Prozessrecht?**

I. Standpunkt der herrschenden Meinung: „forum regit processum“ .	165
II. Dogmatische Begründung des lex fori-Prinzips. . . . .	166
III. Nichtanwendung deutscher Verfahrensnormen . . . . .	167
IV. Anwendung ausländischen Prozessrechts . . . . .	168
V. Beurteilung ausländischer Verfahrensakte nach ausländischem Verfahrensrecht. . . . .	169
VI. Eigenes Verfahrenskollisionsrecht? . . . . .	169
VII. Stellungnahme . . . . .	170
1. Selbsthilfeverbot . . . . .	171
2. Justizgewährungsanspruch . . . . .	172
3. Klagbarkeit . . . . .	175
4. Richtet sich die Zulässigkeit der Klage auf Erfüllung einer vertraglichen Verpflichtung nach der ausländischen lex causae oder der deutschen lex fori? . . . . .	175
5. Verjährung. . . . .	177
6. Aufrechnung. . . . .	178
7. Fristwahrung nach § 167 ZPO. . . . .	178
8. Prozesszinsen und Inflationsausgleich während des Prozesses. .	178
9. Direktklage (action directe). . . . .	178
10. Defences nach common law . . . . .	179
11. Geständnis . . . . .	179
12. Geständnisfiktion im Versäumnisfall . . . . .	180
13. Lex fori und contempt of court . . . . .	180
14. Rechtshilfe für ausländische Gerichte . . . . .	180

**Dritter Teil: Gerichtsbarkeit**

**1. Kapitel: Begriff und Grenzen der Gerichtsbarkeit**

I. Überblick . . . . .	182
II. Stand der völkerrechtlichen Diskussion. . . . .	183
III. Fehlen einer völkerrechtlichen Zuständigkeitsordnung. . . . .	190

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Verbot der Justizverweigerung .....	190
1. Völkergewohnheitsrecht .....	190
2. Völkervertragsrecht .....	191
V. Minimalbezug zum Gerichtsstaat als Voraussetzung für die Bejahung der internationalen Zuständigkeit. ....	192
VI. Keine Garantie bestimmter international gebräuchlicher Zuständigkeitsanknüpfungen durch das Völkergewohnheitsrecht – auch kein Verbot sog. exorbitanter Gerichtsstände .....	193
VII. Völkerrechtliche Grenzen für gerichtliche Anordnungen, Maßnahmen und Entscheidungen mit (faktischen) Auswirkungen auf das Ausland .....	194
1. Verurteilung zur Leistung bzw. Unterlassung im Ausland ....	194
2. Erzwingung eines Handelns im Ausland durch Zwang im Inland. ....	198
3. Zwangsvollstreckung .....	200
4. Zustellungen .....	204
5. Ladungen .....	209
6. Telefonische Befragung von Auskunftspersonen (Parteien/ Zeugen), die sich im Ausland aufhalten. ....	214
7. Schriftliche Befragung von Zeugen, die sich im Ausland aufhalten. ....	215
8. Anordnung der Vorlage von Urkunden. ....	215
9. Beauftragung von Sachverständigen, die sich im Ausland aufhalten. ....	216
10. Beweiserhebung im Ausland. ....	216
11. Beweisbeschaffung aus dem Ausland. ....	217
12. Tätigwerden eines vom deutschen Gericht beauftragten Sachverständigen. ....	218
13. Anwesenheit deutscher Richter bei Erledigung eines (deutschen) Rechtshilfeersuchens durch das ausländische Gericht .....	219
14. Ausübung mittelbaren Zwangs im Forumstaat, um Beweis- personen im Ausland zur Aussage vor (ausländischem) Rechtshilfegericht zu bewegen .....	220
15. Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter .....	220
16. Beweisaufnahme durch Beauftragte des Gerichts (Commissioners) .....	223
17. Sachverhaltsaufklärung im Ausland durch die Parteien bzw. deren Anwälte ohne Auftrag des Gerichts. ....	225
18. Informelle Stoffsammlung durch Anwälte (informal investigations) .....	225
19. Freiwillige Mitwirkung der Partei(en) an der pre-trial discovery auf deutschem Boden .....	225

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Ausländisches öffentliches Recht . . . . .	226
1. Ausländische Hoheitsakte . . . . .	226
2. Öffentlich-rechtliche Streitgegenstände . . . . .	227
3. Gewerblicher Rechtsschutz . . . . .	227
4. Anweisungen an ausländische Standesbeamte . . . . .	227
5. Versorgungsansprüche, die bei einem ausländischen Versorgungsträger entstanden sind. . . . .	228
IX. Innerstaatliche Wirksamkeit völkerrechtswidriger Justizakte . . . . .	228
<b>2. Kapitel: Befreiung von der Gerichtsbarkeit</b>	
I. Staatenimmunität als Ausgangspunkt der Immunitätslehre . . . . .	229
II. Immunitätsträger . . . . .	229
1. Organe des Völkerrechtsverkehrs. . . . .	229
2. Staatsorgane ohne besonderen völkerrechtlichen Status . . . . .	230
3. Erosion der Abgrenzungsmerkmale Immunität <i>ratione</i> <i>personae</i> – <i>ratione materiae</i> . . . . .	231
III. Klagezustellung und Ladung von ausländischen Staaten bzw. Immunitätsträgern . . . . .	231
IV. Verschiedene Ausgestaltung der Immunitätsbereiche . . . . .	233
V. Keine Relativität der Immunität . . . . .	233
VI. Befreiung von der Zeugnispflicht . . . . .	234
VII. Rechtsquellen . . . . .	234
VIII. Immunität internationaler Organisationen . . . . .	235
IX. Kein Ausschluss der Immunität bei völkerrechtswidrigem Verhalten, auch bei schweren Völkerrechtsverstößen . . . . .	236
X. Drittwirkung der Immunität . . . . .	238
XI. Verzicht auf Immunität . . . . .	238
1. Überblick . . . . .	238
2. Einseitige Erklärung . . . . .	239
3. Völkervertraglicher Verzicht . . . . .	239
4. Zuständigkeit . . . . .	239
5. Umfang des Verzichts . . . . .	239
6. Zeitpunkt . . . . .	240
7. Form. . . . .	240
8. Schlüssiges Verhalten ( <i>implied waiver</i> ) . . . . .	240
9. Widerruflichkeit . . . . .	240
10. Immunitätsverzicht gegenüber Privaten . . . . .	240
11. Justizgewährungsanspruch . . . . .	241
12. Verzicht auf Vollstreckungsimmunität . . . . .	242
XII. Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes. . . . .	242
XIII. Feststellungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	243

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
XIV. Gerichtsbarkeit als Prozessvoraussetzung – Prüfung von Amts wegen . . . . .	243
XV. Beweislast. . . . .	244
XVI. Prozessabweisung . . . . .	244
XVII. Innerstaatliche Wirksamkeit einer das Immunitätsrecht verletzenden deutschen Entscheidung . . . . .	245
XVIII. Versagung der Anerkennung eines ausländischen Urteils bei Überschreitung der Gerichtsbarkeit des Urteilsstaates . . . . .	246
XIX. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile zu Lasten eines ausländischen Staates oder sonstigen Immunitätsträgers . . . . .	248
1. Überblick . . . . .	248
2. Zulässigkeit der Erstreckung der Wirkungen des ausländischen (anererkennungsfähigen) Urteils kraft Gesetzes ohne Durchführung eines Anerkennungsverfahrens . . . . .	248
3. Unzulässigkeit der Durchführung eines Anerkennungs- oder Vollstreckbarerklärungsverfahrens . . . . .	249
4. Feststellungsverfahren nach Art. 21 des Europäischen Übereinkommens über die Staatenimmunität . . . . .	250
5. Anerkennungs- bzw. Vollstreckbarerklärungsvoraussetzungen . . . . .	251
XX. Abgrenzungsfragen . . . . .	252
1. Verhältnis zur ausschließlichen Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) bzw. des Europäischen Gerichts erster Instanz . . . . .	252
2. Völkerrechtliche Verträge über die internationale Entscheidungszuständigkeit. . . . .	252
XXI. Beurkundung eines Prozessvergleichs . . . . .	252
 <b>3. Kapitel: Staatenimmunität</b>	
I. Überblick . . . . .	254
1. Immunitätstheorien . . . . .	254
2. Keine Deckungsgleichheit zwischen Immunität für Erkenntnis- und für Vollstreckungsverfahren . . . . .	257
3. Völkerrechtliche Anerkennung des fremden Staates . . . . .	257
4. Anerkennung der fremden Regierung. . . . .	258
5. Gliedstaaten und kommunale Gebietskörperschaften . . . . .	258
6. Kodifikationen und Kodifikationsentwürfe. . . . .	259
7. VN-Übereinkommen über die Staatenimmunität – United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and their Property . . . . .	260
8. Zurückdrängung des Grundsatzes der Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht? . . . . .	260
9. Reziprozität. . . . .	261
10. Rechtshistorisches . . . . .	261
	 <b>XXI</b>

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Staatenimmunität nach allgemeinem Völkergewohnheitsrecht . . .	262
1. Erkenntnisverfahren. . . . .	262
2. Vollstreckungsverfahren . . . . .	268
3. Arrest- und einstweilige Verfügungsverfahren (einstweiliger Rechtsschutz) . . . . .	277
4. Insolvenzverfahren. . . . .	278
5. Klagen gegen Amtsträger (Beamte). . . . .	278
6. Staatsunternehmen . . . . .	278
7. Zentralbanken . . . . .	280
8. Rundfunkanstalten. . . . .	281
9. Deliktssklagen. . . . .	281
a) Inlandsdelikte. . . . .	281
b) Auslandsdelikte . . . . .	282
10. Klagen in Zusammenhang mit schweren Völkerrechtsdelikten.	283
11. Dingliche Klagen . . . . .	283
12. Erbschaftsklagen . . . . .	283
13. Klagen betreffend geistiges Eigentum und gewerbliche Schutzrechte . . . . .	284
14. Verzicht auf Immunität (Unterwerfung) . . . . .	284
15. Ausländischer Staat als Kläger . . . . .	285
16. Ausländischer Staat als Widerkläger . . . . .	286
17. Ausländischer Staat als Widerbeklagter . . . . .	286
18. Aufrechnung . . . . .	287
19. Streitverkündung an ausländischen Staat. . . . .	287
20. Nebenintervention des ausländischen Staates. . . . .	287
21. Verfahrensablauf . . . . .	288
22. Rechtlosstellung des Klägers. . . . .	288
23. Diplomatischer Schutz . . . . .	289
24. Internationale Zuständigkeit . . . . .	289
25. Repressalie . . . . .	290
26. Zustellung von Klagen gegen fremde Staaten . . . . .	290
27. Säumnis des beklagten Staates . . . . .	292
28. Keine Befreiung von der materiellen Rechtsordnung des Forumstaates . . . . .	293
29. Anhang: Haftungsrechtlicher Durchgriff auf die Mitglied- staaten für Verbindlichkeiten internationaler Organisationen. .	294
III. VN-Übereinkommen über die Staatenimmunität . . . . .	294
IV. Europäisches Übereinkommen über die Staatenimmunität . . . . .	295
1. Vertragsstaaten. . . . .	295
2. Überblick . . . . .	295
3. Vom Übereinkommen akzeptierte Zuständigkeitsan- knüpfungen. . . . .	296
4. Vom Übereinkommen verpönte beziehungsarme Gerichts- stände. . . . .	297
5. Mindeststandard für Prozesse gegen Vertragsstaaten . . . . .	297

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Vollstreckungsverbot . . . . .	298
7. Anerkennungs- und Erfüllungspflicht . . . . .	298
8. Unterwerfung unter die Jurisdiktion des Gerichtsstaates . . . . .	300
9. Fehlen der Immunität auch ohne Unterwerfung . . . . .	302
10. Vereinbarung der schiedsgerichtlichen Streiterledigung . . . . .	307
11. Gerichtliche Vermögensverwaltung . . . . .	307
V. Immunität der Staatsschiffe . . . . .	308
VI. Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen vom 29.5.1933 . . .	308
<b>4. Kapitel: Immunität der Organe des völkerrechtlichen Verkehrs</b>	
I. Staatsoberhäupter . . . . .	308
II. Regierungsmitglieder . . . . .	311
III. Ständige Missionen . . . . .	312
1. Diplomaten . . . . .	312
2. Familienmitglieder. . . . .	317
3. Verwaltungs- und technisches Personal . . . . .	318
4. Dienstpersonal der Mission. . . . .	318
5. Private Hausangestellte von Mitgliedern der Mission . . . . .	318
6. Aufhebung der Immunität. . . . .	318
7. Unterschied zwischen der Immunität des Personals diplomatischer Missionen und der Immunität des Personals internationaler Organisationen . . . . .	319
8. Ne impediatur legatio. . . . .	320
9. Archive und Schriftstücke der Mission . . . . .	320
10. Kuriere . . . . .	320
11. Rechtsstellung der Diplomaten in dritten Staaten: Keine erga omnes-Wirkung der diplomatischen Immunität . . . . .	320
12. Ende der Immunität . . . . .	321
13. Nichtvertragsstaaten des Wiener Übereinkommens . . . . .	321
14. Verletzung der diplomatischen Vorrechte. . . . .	321
15. Rechtsschutz durch den Entsendestaat. . . . .	322
IV. Spezialmissionen . . . . .	322
V. Konsularische Vertretungen . . . . .	323
1. Immunität nur für dienstliches Handeln . . . . .	323
2. Zeugnispflicht . . . . .	324
3. Urkundenvorlage . . . . .	324
4. Immunitätsverzicht . . . . .	324
5. Abgrenzung zwischen konsularischen (dienstlichen) und privaten (nichtdienstlichen) Tätigkeiten . . . . .	325
6. Wahrnehmung diplomatischer Aufgaben durch Konsular- beamte . . . . .	325
7. Wahrnehmung konsularischer Aufgaben durch diplomati- schen Vertreter. . . . .	325

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Honorar- und Wahlkonsuln. . . . .	325
9. Unverletzlichkeit der Konsulatsräume und Archive . . . . .	326
10. Beschränkung der persönlichen Freiheit des Konsular- beamten in Ausführung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils. . . . .	326
11. Nichtvertragsstaaten des Wiener Übereinkommens . . . . .	326
 <b>5. Kapitel: Immunität von Truppen fremder Staaten</b>	
I. Überblick . . . . .	326
II. NATO-Truppen . . . . .	327
III. Deutsch-sowjetischer (bzw. nunmehr -russischer) Vertrag vom 12.10.1990 über den befristeten Aufenthalt und den planmäßigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland . . . . .	328
 <b>6. Kapitel: Einschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit im         Hinblick auf deutsches Auslandsvermögen . . . . .</b>	 328
 <b>7. Kapitel: Immunität internationaler Organisationen</b>	
I. Überblick . . . . .	329
II. Vereinte Nationen . . . . .	331
III. Beamte der Vereinten Nationen. . . . .	331
IV. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen . . . . .	332
V. Sonstige internationale Organisationen . . . . .	333
VI. Missionen und Delegationen bei universellen internationalen Organisationen . . . . .	333
VII. Internationaler Gerichtshof. . . . .	333
VIII. Internationaler Strafgerichtshof. . . . .	333
IX. Europäische Union . . . . .	334
X. Nicht staatliche (private) internationale Organisationen (International Non Governmental Organisations – INGOs). . . . .	334
 <b>8. Kapitel: Prüfung der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutsch-         land in jeder Lage des Verfahrens</b>	
I. Prüfung nach der Inquisitionsmaxime. . . . .	335
II. Keine perpetuatio iurisdictionis . . . . .	336



## Vierter Teil: Internationale Zuständigkeit

### 1. Kapitel: Generalia

I. Begriff der internationalen Zuständigkeit. . . . .	338
II. Verhältnis zur Gerichtsbarkeit. . . . .	339
III. Verhältnis zur örtlichen Zuständigkeit. . . . .	340
IV. Fehlen einer völkerrechtlichen Zuständigkeitsordnung. . . . .	340
V. Gegenstand der Normen über die internationale Zuständigkeit . . .	341
VI. Unterschied zwischen internationaler Entscheidungs- und Anerkennungszuständigkeit . . . . .	342
1. Spiegelbildprinzip: Kongruenzregel des § 328 I Nr. 1 ZPO . . . .	342
2. Ausnahmen. . . . .	343
VII. Konkurrierende internationale Zuständigkeit. . . . .	344
VIII. Ausschließliche internationale Zuständigkeit . . . . .	344
IX. Keine Beschränkung der Kognitionsbefugnis in territorialer Sicht .	345
X. Keine Kognitionsbeschränkung bezüglich Vorfragen. . . . .	346
XI. Neutralität der Gerichte . . . . .	349

### 2. Kapitel: Ausschließliche internationale Zuständigkeiten

I. Rechtsquellen . . . . .	350
1. Völkergewohnheitsrecht . . . . .	350
2. Europäisches Gemeinschaftsrecht und völkerrechtliches Vertragsrecht . . . . .	351
3. Autonomes deutsches Recht . . . . .	351
II. Unmittelbare staatliche Interessen erzwingen nicht die Inan- spruchnahme der ausschließlichen internationalen Zuständigkeit für die eigenen Gerichte . . . . .	354
1. Überblick . . . . .	354
2. Rechtsanwendungsinteresse . . . . .	354
3. Besondere Eignung der inländischen Gerichte? . . . . .	356
4. Anwendung „schwierigen“ Rechts nur durch inländische Richter? . . . . .	356
5. Keine Kohärenz von Rechtsgang (Verfahrensrecht) und Rechtsanwendung . . . . .	358
6. Souveränitätsinteressen des Inlandes. . . . .	359
7. Abwehr ausländischer Macht . . . . .	360
8. Theorie von der Nichtanwendbarkeit ausländischen öffentlichen Rechts . . . . .	361
9. Beweis- und Rechtsnähe. . . . .	362
III. Parteiinteressen. . . . .	363
IV. Kein Schutz des Jurisdiktionsinteresses dritter Staaten . . . . .	365

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Völkervertragliche Bindung . . . . .	366
1. Überblick . . . . .	366
2. Alle beteiligten Staaten sind Vertragspartner einer Konvention . . . . .	366
3. Der Erststaat ist gegenüber dem Zweitstaat völkervertraglich nicht gebunden . . . . .	366
VI. Beeinträchtigung der Justizgewährung im Inland durch Beachtung ausschließlicher internationaler Zuständigkeiten fremder Staaten . . . . .	368
1. Unbeachtlichkeit des ausschließlichen Jurisdiktionsanspruchs fremder Staaten . . . . .	368
2. Zuweisung ausschließlicher internationaler Zuständigkeiten an fremde Staaten durch das deutsche Recht? . . . . .	368
VII. Durchbrechung der Kongruenzregel des § 328 I Nr. 1 ZPO? . . . . .	372
<b>3. Kapitel: Regelung der internationalen Zuständigkeit in der deutschen Zivilprozessordnung</b>	
I. Gesetzestechnik. . . . .	373
II. Doppelfunktion der Gerichtsstandsnormen . . . . .	374
1. Die örtliche Zuständigkeit indiziert die internationale Zuständigkeit . . . . .	374
2. Zuständigkeitsvereinbarungen . . . . .	375
3. Arbeitsgerichtsbarkeit und freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	376
4. Ausnahmen. . . . .	376
5. Örtliche Ersatzzuständigkeit, wenn die internationale Zuständigkeit Deutschlands zu bejahen ist, obwohl nach §§ 12 ff. ZPO kein örtlich zuständiges Gericht zur Verfügung steht . . . . .	379
6. Ausschließliche internationale Zuständigkeiten . . . . .	381
7. Zwangsvollstreckung und Insolvenz . . . . .	381
8. Verbreitung der Doppelfunktionstheorie in anderen Rechtsordnungen. . . . .	382
III. Internationale Zuständigkeit zur Durchführung eines Mahnverfahrens . . . . .	382
IV. Die (unergiebig) Diskussion über das (angebliche) Fehlen der internationalen Zuständigkeit Deutschlands, obwohl ein Gerichtsstand nach §§ 12 ff. ZPO gegeben ist . . . . .	383
1. Ausgrenzung von Scheinproblemen . . . . .	383
2. Vermögenslosigkeit des Beklagten . . . . .	383
3. Feststellungsinteresse im Inland? . . . . .	385
4. Keine Beachtung der Beanspruchung der ausschließlichen internationalen Zuständigkeit durch einen fremden Staat . . . . .	386
5. Deutsche internationale Zuständigkeit ohne Rücksicht auf die Anerkennung des deutschen Urteils im Ausland. . . . .	387

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Deutsche internationale Zuständigkeit, obwohl sich (alle) Beweismittel im Ausland befinden . . . . .	388
V. Internationale Unzuständigkeit wegen Eigenart des Streitgegenstandes? . . . . .	388
1. Riezlers Lehre von der sachlichen internationalen Unzuständigkeit. . . . .	388
2. Ausschließliche internationale Zuständigkeit des Auslands . .	389
3. Beispiel: Klagen aus ausländischen Patenten, Marken, Warenzeichen und ähnlichen Schutzrechten . . . . .	389
VI. Internationale Zuständigkeit im Gefüge der Prozessvoraussetzungen . . . . .	391
1. Internationale Zuständigkeit als selbständige, von der örtlichen Zuständigkeit zu unterscheidende Prozessvoraussetzung . . . . .	391
2. Prozessabweisung bei internationaler Unzuständigkeit Deutschlands – keine Verweisung . . . . .	392
3. Heilung des Mangels der internationalen Zuständigkeit mit Rechtskraft . . . . .	393
VII. Kein Verbot, ausländische Gerichte anzurufen . . . . .	393
VIII. Arglistiges Herbeiführen des Kompetenztatbestandes durch den Kläger – Erschleichen der internationalen Zuständigkeit. . . . .	394
IX. Internationale Zuständigkeit wegen schikanösen Verhaltens des Beklagten? . . . . .	395
X. Keine internationale Zuständigkeit aufgrund Zuständigkeitsverweisung . . . . .	395
XI. Keine internationale Zuständigkeit Deutschlands aufgrund deutscher Staatsangehörigkeit des Klägers . . . . .	395
XII. Keine internationale Zuständigkeit Deutschlands aufgrund deutscher Staatsangehörigkeit des Beklagten . . . . .	396
XIII. Keine internationale Zuständigkeit Deutschlands aufgrund „Ordination“ durch den Bundesgerichtshof. . . . .	396
XIV. Keine internationale Zuständigkeit Deutschlands kraft Sachzusammenhangs . . . . .	397

## 4. Kapitel: Internationale Notzuständigkeit

I. Die verschiedenen Hypothesen. . . . .	397
II. Eröffnung eines inländischen Forums . . . . .	398
III. Zuständigkeitsvereinbarungen . . . . .	399
IV. Nichtanwendung des § 328 I Nr. 5 ZPO? . . . . .	400
V. Art. 6 I der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . .	400
VI. Die „heilsamen Wirkungen“ des Vermögensgerichtsstandes . . . . .	400
VII. Beispiel . . . . .	400

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Familienverfahren und freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	401
IX. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	401
X. Rechtsvergleichendes. . . . .	402
<b>5. Kapitel: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht</b>	
I. Internationale Entscheidungszuständigkeit . . . . .	402
1. Kein positiver Gleichlauf: Keine internationale Zuständigkeit Deutschlands nur aufgrund Maßgeblichkeit deutschen Rechts . . . . .	402
2. Kein negativer Gleichlauf . . . . .	408
II. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	410
<b>6. Kapitel: Forum non conveniens</b>	
I. Überblick . . . . .	411
II. Die Thesen <i>Wahls</i> . . . . .	413
III. Stellungnahme . . . . .	413
IV. Auch keine executio non conveniens . . . . .	416
V. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	416
VI. Familienverfahren und Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	417
VII. Einzelfragen . . . . .	417
1. Zuständigkeitsvereinbarungen . . . . .	417
2. Staatsangehörigkeitszuständigkeit . . . . .	417
3. Wohnsitz-/Sitzzuständigkeit . . . . .	419
4. Beschleunigtes Verfahren im Ausland . . . . .	419
5. Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens im Inland . .	419
6. Scheitern der Auslandszustellung . . . . .	419
7. Adoptionen . . . . .	419
8. Andere Familiensachen . . . . .	420
VIII. Rechtsvergleichendes. . . . .	420
IX. Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung. . . . .	421
X. Unanwendbarkeit der forum (non) conveniens-Doktrin im Anwendungsbereich des Brüssel I und II-Systems . . . . .	422
<b>7. Kapitel: Forum shopping</b>	
I. Wahl des für den Prozesssieg günstigsten Forums . . . . .	423
II. Abschaffung aller konkurrierenden Spezialgerichtsstände – ein unrealistischer Vorschlag . . . . .	424
III. Streitgegenstandsbezogene ausschließliche internationale Zuständigkeiten – eine Utopie . . . . .	425
IV. Wahlrecht des Klägers . . . . .	426

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Steuerungsmöglichkeiten des Beklagten . . . . .	427
1. Rüge der internationalen Unzuständigkeit . . . . .	427
2. Vorbehaltlose Einlassung . . . . .	428
VI. Abwehrstrategien des Beklagten . . . . .	428
1. Präventive negative Feststellungsklage. . . . .	428
2. Klage auf Unterlassung der Klageerhebung in einem international unzuständigen Staat?. . . . .	430
3. Schadensersatzklage wegen ungerechtfertigter Verfahrenseinleitung im Ausland . . . . .	432
VII. Forum fixing. . . . .	432
<b>8. Kapitel: Grundlinien der internationalen Zuständigkeitsordnung des autonomen deutschen Rechts</b>	
I. Bewertung der Zuständigkeitsinteressen . . . . .	433
II. Bedeutung der internationalen Urteilsanerkennung für eine vernünftige und ausgewogene Zuständigkeitspolitik. . . . .	435
1. Das Ideal . . . . .	435
2. Die raue Wirklichkeit . . . . .	436
III. Wohnsitz/Sitz des Beklagten als Ausgangspunkt der deutschen Zuständigkeitsordnung . . . . .	436
1. Grundsatz . . . . .	436
2. Ausnahme: Ehe-, Kindschafts-, Abstammungs- und Lebenspartnerschaftssachen . . . . .	438
IV. Allzuständigkeit des Wohnsitzstaates . . . . .	438
V. Personenbezogene und sachliche (streitgegenstandsbezogene) Zuständigkeitsanknüpfungen . . . . .	441
1. Maßgebliche Zuständigkeitsanknüpfungen. . . . .	441
2. Beklagten- und Klägergerichtsstände . . . . .	441
3. Rechtsnachfolger . . . . .	442
VI. Keine internationale Streitgenossenzuständigkeit. . . . .	443
1. Grundsatz . . . . .	443
2. Ausnahmen. . . . .	444
VII. Internationale Zuständigkeit Deutschlands für reine Ausländerprozesse . . . . .	445
VIII. Hauptsäulen für die internationale Zuständigkeit Deutschlands, wenn der Beklagte keinen inländischen Wohnsitz/Sitz hat . . . . .	448
IX. Arbeitsrechtsstreitigkeiten . . . . .	449
X. Versicherungssachen . . . . .	449
XI. Verbrauchersachen . . . . .	450
XII. Wettbewerbssachen . . . . .	450
XIII. Kartellsachen . . . . .	450
XIV. Gerichtspflichtigkeit des Beklagten/Antragsgegners . . . . .	450

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
XV. Gerichtspflichtigkeit des Klägers . . . . .	451
XVI. Beteiligung Dritter . . . . .	451
XVII. Zeugen . . . . .	453
XVIII. Erlass von Arresten, einstweiligen Verfügungen und einstweiligen Anordnungen . . . . .	453
XIX. Prozessvergleiche . . . . .	456
XX. Vollstreckbare Urkunden . . . . .	456
XXI. Zwangsvollstreckungsverfahren . . . . .	456
XXII. Insolvenzverfahren . . . . .	461
XXIII. Feststellung, dass die Wirkungen einer ausländischen Entscheidung im Inland anzuerkennen sind . . . . .	462
1. Automatische Wirkungserstreckung (= Anerkennung kraft Gesetzes) . . . . .	462
2. Feststellungsklage . . . . .	462
3. Ausschließlichkeit der internationalen Zuständigkeit? . . . . .	462
4. Anerkennungsverfahren vor der Landesjustizverwaltung bzw. vor dem Präsidenten des Oberlandesgerichts . . . . .	463
XXIV. Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Titels im Inland. . . . .	463
XXV. Beweiserhebungen außerhalb eines Rechtsstreits . . . . .	463
XXVI. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	464
XXVII. Tätigkeiten der staatlichen Gerichte auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit. . . . .	464
1. Inländische Schiedsverfahren . . . . .	464
2. Ausländische Schiedsverfahren . . . . .	465
<b>9. Kapitel: Anknüpfungen für die internationale Zuständigkeit</b>	
I. Vorbemerkung. . . . .	467
II. Wohnsitz- bzw. Aufenthaltzuständigkeit . . . . .	468
1. Universalistischer Ansatz der deutschen Zuständigkeitsordnung . . . . .	468
2. Ersatzanknüpfungen bei wohnsitzlosen Personen . . . . .	468
3. Internationale Zuständigkeit trotz Wohnsitzes im Ausland für vermögensrechtliche Streitigkeiten aufgrund Aufenthalts im Inland . . . . .	468
4. Qualifikationsfragen. . . . .	469
5. Wohnsitzfiktion des § 15 ZPO und des § 9 BGB . . . . .	470
6. Sitz als Zuständigkeitsanknüpfung bei juristischen Personen und parteifähigen Personenvereinigungen . . . . .	470
7. Vorrang der Brüssel I-Verordnung und des Luganer Übereinkommens . . . . .	471
8. Statusverfahren . . . . .	472
9. Streitgegenstandsferne der Wohnsitzzuständigkeit . . . . .	472

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
10. Einschränkung der Allzuständigkeit des Wohnsitzstaates durch ausschließliche internationale Zuständigkeiten fremder Staaten? . . . . .	472
11. Keine Erweiterung der internationalen Zuständigkeit des Wohnsitzstaates im Falle passiver Streitgenossenschaft. . . . .	475
12. Derogierbarkeit . . . . .	475
13. Klägergerichtsstände . . . . .	475
14. Erbrechtliche Streitigkeiten. . . . .	476
15. Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	477
16. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit. . . . .	477
17. Faires Verfahren vor den Gerichten im Wohnsitzstaat nur einer Partei . . . . .	479
18. Zwangsvollstreckung . . . . .	480
19. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	480
20. Rechtsvergleichendes. . . . .	480
21. Insolvenzverwalter. . . . .	480
22. Rechtshistorisches . . . . .	480
III. Staatsangehörigkeit . . . . .	481
1. Überblick . . . . .	481
2. Keine Ausschließlichkeit . . . . .	481
3. Nicht effektive deutsche Staatsangehörigkeit . . . . .	481
4. Deutschen Staatsbürgern gleichgestellte Personen. . . . .	482
5. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius . . . . .	482
6. Irrelevanz der Parteirolle: Keine Beschränkung der Anknüpfung auf die Staatsangehörigkeit des Antragsgegners. . . . .	482
7. Frühere deutsche Staatsangehörigkeit . . . . .	483
8. Erbstreitigkeiten. . . . .	483
9. Vormundschafts-, Pflegschafts-, Betreuungs- und familiengerichtliche Verrichtungen in Bezug auf Deutsche. . . . .	484
10. Keine Derogierbarkeit. . . . .	484
11. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	485
12. Neutralität der Gerichte im Heimatstaat nur einer Partei . . . . .	485
13. Vertragsrecht . . . . .	485
14. Exkurs: Ehe-Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 vom 27.11.2003. . . . .	485
IV. Gerichtsstand des Vermögens . . . . .	486
1. Überblick . . . . .	486
2. Klageart. . . . .	487
3. Kein Zusammenhang mit dem Streitgegenstand . . . . .	487
4. Kritik der herrschenden Meinung . . . . .	488
5. Legitimität der Belegenheitszuständigkeit . . . . .	488
6. Ratio legis . . . . .	489
7. Klarheit und Rechtssicherheit . . . . .	489
8. Notzuständigkeit . . . . .	490
9. Selbstregulierung. . . . .	490

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
10. Keine Relation zwischen dem Wert des inländischen Vermögens und dem Wert des Streitgegenstandes . . . . .	491
11. Keine Beschränkung auf Kläger mit Wohnsitz/Sitz im Inland. .	491
12. Keine Subsidiarität des Vermögensgerichtsstandes . . . . .	492
13. Kein Arrestgerichtsstand . . . . .	492
14. Teleologische Reduktion des Vermögensbegriffs . . . . .	493
15. Darlegungs- und Beweislast . . . . .	496
16. Geschmacksmuster- und Markenrecht . . . . .	496
17. Irrelevanz der Nichtanerkennung des deutschen Urteils im Ausland . . . . .	496
18. Klagen gegen ausländische Staaten . . . . .	496
19. Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	497
20. Derogierbarkeit . . . . .	497
21. Anwendbarkeit des § 23 ZPO außerhalb des Erkenntnisverfahrens . . . . .	497
22. Auswirkungen des Brüsseler und des Luganer Übereinkommens bzw. der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 auf § 23 ZPO . . . . .	498
23. Staatsverträge über die internationale Entscheidungszuständigkeit . . . . .	499
24. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	500
25. Rechtsvergleichendes . . . . .	501
26. Vermögensgerichtsstand im internationalen Insolvenzrecht . .	502
V. Unterwerfung des Beklagten . . . . .	502
1. Ausdrückliche Unterwerfung . . . . .	502
2. Konkludente Unterwerfung durch Unterlassen der Rüge der internationalen Unzuständigkeit in limine litis. . . . .	502
3. Prozesshandlung . . . . .	503
4. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten . . . . .	503
5. Ausschließliche internationale Zuständigkeit fremder Staaten .	503
6. Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	503
7. Keine Prüfung der internationalen Zuständigkeit von Amts wegen bei Teilnahme des Beklagten am Rechtsstreit . . . . .	504
8. Rüge nur der örtlichen Zuständigkeit. . . . .	504
9. Mehrere Streitgegenstände . . . . .	504
10. Passive Streitgenossenschaft . . . . .	505
11. Hilfsweise Einlassung zur Hauptsache . . . . .	505
12. Widerklage . . . . .	505
13. Notwendigkeit des Festhaltens an der Rüge der internationalen Unzuständigkeit . . . . .	506
14. Rechtsmittelinstanzen . . . . .	506
15. Präklusion nach §§ 296 III, 532, 565 ZPO . . . . .	507
16. Klage am forum derogatum . . . . .	508
17. Vorrang des Art. 18 des Brüsseler und des Luganer Übereinkommens und des Art. 24 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001	508



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
18. Bedingte Einlassung für den Fall des Obsiegens . . . . .	508
19. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit. . . . .	509
VI. Belegenheitszuständigkeit . . . . .	510
1. Überblick . . . . .	510
2. Streitigkeiten über Mobilien, Forderungen und sonstige Rechte. . . . .	511
3. Streitigkeiten über inländischen Grundbesitz . . . . .	511
4. Mietstreitigkeiten bezüglich im Inland gelegenen Wohnraums .	511
5. Nachbarrechtliche Abwehrklage . . . . .	511
6. Besitzschutz . . . . .	511
7. Ausschließlichkeit des forum rei sitae . . . . .	511
8. Völkerrechtliches Vertragsrecht und EG-Recht . . . . .	512
9. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	513
10. Haushaltssachen . . . . .	513
11. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	513
VII. Gerichtsstand der Mitgliedschaft. . . . .	513
1. Internationale Entscheidungszuständigkeit . . . . .	513
2. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	514
VIII. Zweigniederlassung im Inland . . . . .	514
1. Ratio legis . . . . .	514
2. Klagegrund . . . . .	516
3. Selbständige Leitung . . . . .	516
4. Scheinniederlassung . . . . .	516
5. Kein Gerichtsstand des Abschlussortes . . . . .	516
6. Kein Aktivgerichtsstand . . . . .	517
7. Gerichtsstand der Niederlassung eines ausländischen Kreditinstituts . . . . .	517
8. Gerichtsstand des inländischen Repräsentanten für Klagen gegen eine ausländische Investmentgesellschaft, eine Verwaltungsgesellschaft oder eine Vertriebsgesellschaft im Zusammenhang mit dem öffentlichen Vertrieb von Investmentanteilen. . . . .	518
9. Gerichtsstand der inländischen Geschäftsstelle . . . . .	518
10. Gerichtsstand des inländischen Heimathafens bzw. des inländischen Heimatomtes . . . . .	519
11. Mahnverfahren . . . . .	519
12. Derogierbarkeit . . . . .	519
13. Ausschließlichkeit . . . . .	519
14. Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	519
15. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	519
IX. Fora für Klagen aus Verträgen . . . . .	520
1. Abschlussort . . . . .	520
2. Ort der Übernahme des Gutes . . . . .	521
3. Abgangs- und Bestimmungsort . . . . .	521
4. Ablieferungsort . . . . .	521

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Erfüllungsort . . . . .	522
6. Zahlungsort für Wechsel- und Scheckklagen . . . . .	522
7. Ort der tatsächlichen Erfüllungsleistung . . . . .	522
8. Ort der Vermögensverwaltung . . . . .	522
9. Ort des Mietobjekts . . . . .	522
10. Wohnsitz, ersatzweise gewöhnlicher Aufenthalt des Kunden. .	523
11. Betriebsort bzw. Sitz des Unternehmens. . . . .	523
12. Abänderungsklage . . . . .	523
13. Gebührenklagen. . . . .	523
14. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	524
X. Insbesondere: Gerichtsstand des inländischen Erfüllungsortes . .	524
1. Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis . . . . .	525
2. Bestimmung des Erfüllungsorts nach der lex causae . . . . .	525
3. Maßgeblicher Erfüllungsort. . . . .	526
4. Klagen, welche das gesamte Vertragsverhältnis betreffen . . . .	527
5. Streit über Bestehen/Nichtbestehen des Vertragsverhältnisses .	527
6. Culpa in contrahendo. . . . .	528
7. Besonderheit des Art. 57 des Wiener VN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.4.1980 . . . . .	528
8. Vertraglich vereinbarter Erfüllungsort . . . . .	529
9. Anspruchskonkurrenz . . . . .	530
10. Darlegungs- und Beweislast . . . . .	530
11. Beispiele . . . . .	530
12. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	531
13. Europarats-Konventionen . . . . .	532
XI. Ort der unerlaubten Handlung – Forum delicti commissi . . . . .	532
1. Ratio legis . . . . .	533
2. Anwendungsbereich . . . . .	534
3. Alternative Anknüpfung an den Handlungs- und den Erfolgsort . . . . .	534
4. Irrelevanz des Schadensortes . . . . .	536
5. Heranziehung des maßgeblichen Deliktsrechts bei der Abgrenzung des Erfolgsortes von dem kompetenzrechtlich unbeachtlichen Schadensort. . . . .	537
6. Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. . . . .	539
7. Verletzung des Namensrechts . . . . .	541
8. Unlauterer Wettbewerb. . . . .	541
9. Verletzung von Urheber- und Markenrechten sowie sonstigen Immaterialgüterrechten . . . . .	543
10. Verletzung gewerblicher Schutzrechte . . . . .	543
11. Kartellsachen. . . . .	544
12. Umweltschäden. . . . .	544
13. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge . . . . .	545
14. Fehlerhafte Kapitalmarktinformationen . . . . .	545

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
15. Vorbeugender Rechtsschutz .....	545
16. Anspruchskonkurrenz .....	546
17. Kognitionsbefugnis der deutschen Gerichte .....	546
18. Sondergesetzliche Ausprägung .....	547
19. Darlegungs- und Beweislast .....	547
20. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius .....	548
21. Amtshaftungsansprüche: Deliktische Haftung für hoheit- liches Handeln auswärtiger Staaten bzw. auswärtiger Amts- träger .....	548
22. Exkurs: Bestimmung eines gemeinsamen Gerichtsstandes für Schädiger und Kfz-Pflichtversicherer. ....	548
23. Delikt auf deutschem Schiff oder in deutschem Luftfahrzeug. .	548
24. Keine Ausschließlichkeit .....	549
25. Derogationsverbot .....	549
26. Internationale Anerkennungszuständigkeit .....	549
27. Rechtsvergleichendes .....	550
28. Staatsverträge .....	550
XII. Inländischer Wohnsitz bzw. Aufenthalt des Klägers .....	551
1. Grundsätzliche kompetenzrechtliche Irrelevanz des Kläger- wohnsitzes/-aufenthalts .....	551
2. Ehe-, Kindschafts-, Abstammungs- und Lebenspartner- schaftssachen .....	551
3. Ausnahmsweise Anknüpfung an den Klägerwohnsitz bzw. -aufenthalt im Anwendungsbereich des allgemeinen Zuständigkeitsrechts der §§ 12 ff. ZPO. ....	551
XIII. Internationale Annexzuständigkeit .....	552
1. Gebührenklage. ....	552
2. Abänderungsklage .....	552
3. Unterhaltsklage .....	553
4. Scheidungsfolgesachen. ....	553
5. Fortsetzung des Prozesses wegen (prozessualer) Unwirk- samkeit/Nichtigkeit des Prozessvergleichs .....	553
6. Wiederaufnahmeverfahren .....	554
7. Rechtsmittelzuständigkeit. ....	554
8. Rückforderungsklagen .....	557
9. Übergang vom Erfüllungsanspruch zum Schadensersatz ....	557
10. Entschädigungsrechtliche Rückzahlungsansprüche. ....	558
11. Kostenerstattung .....	558
12. Überweisungsbeschlüsse .....	558
XIV. Abänderungsklagen .....	558
1. Abänderung deutscher Entscheidungen .....	558
2. Abänderung ausländischer Entscheidungen .....	559
XV. Widerklage .....	559
1. Widerklage gegen Dritte .....	559
2. Derogierbarkeit .....	560

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Internationale Anerkennungszuständigkeit .....	560
XVI. Vom deutschen Recht nicht rezipierte Zuständigkeitsan-	
knüpfungen .....	560
1. Streitgenossenzuständigkeit .....	560
2. Gerichtsstand des Sachzusammenhangs. ....	560
3. Gerichtsstand der Gewährleistungsklage .....	561
4. Gerichtsstand am Ort des Entstehens der Verbindlichkeit (forum obligationis) .....	561
5. Gerichtsstand am Ort der Eheschließung (Zelebrations- kompetenz) .....	561
6. Gerichtsstand des Zustellungsortes: Internationale Zuständig- keit nur aufgrund Zustellung während vorübergehender Anwesenheit – „tag jurisdiction“. ....	562
7. Gerichtsstand der Gegenseitigkeit .....	563
8. Forum arresti. ....	563
9. Internationale Zuständigkeit für Klagen von Inländern .....	564
10. Internationale Zuständigkeit für Klagen gegen Inländer. ....	564
11. Forum legis .....	564
12. Exkurs: Internationale Anerkennungszuständigkeit. ....	564
<b>10. Kapitel: Vereinbarungen über die internationale Zuständigkeit</b>	
I. Einigung der Parteien als bestes Mittel für die Feinsteuerung der Zuständigkeitsinteressen für den Einzelfall .....	569
II. Missbrauchskontrolle. ....	571
III. Anwendungsbereich des deutschen autonomen Rechts. ....	572
1. Reichweite des Art. 23 EuGVVO/LugÜ. ....	572
2. Völkerrechtliche Verträge .....	572
IV. Gerichtsstandsnovelle 1974 .....	572
1. § 38 ZPO erfasst alle Zuständigkeitsvereinbarungen .....	572
2. Kaufleute .....	572
3. Nichtkaufleute. ....	573
4. Form. ....	575
5. Zuständigkeitsvereinbarung zwischen einem Kaufmann und einem Nicht-Kaufmann .....	578
6. Zuständigkeitsvereinbarungen, an denen mehr als zwei Parteien beteiligt sind. ....	578
7. Zuständigkeitsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bürgschaften und Garantieverprechen .....	579
8. Kritik der lex lata. ....	579
9. Keine Anpassung des § 38 ZPO an die Neufassungen des Art. 17 EuGVÜ/LugÜ .....	580
10. Doppelfunktionstheorie .....	580
V. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten .....	580

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Unterschiedliche Zulässigkeitsvoraussetzungen für Prorogations- und Derogationsverträge. . . . .	580
VII. Ausschließliche internationale Zuständigkeiten. . . . .	581
VIII. Vorrang der europäischen Zuständigkeitsordnung . . . . .	582
IX. Möglicher Inhalt einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	585
1. Prorogation und Derogation . . . . .	585
2. Vertragsfreiheit der Parteien . . . . .	586
3. Keine Gleichberechtigung. . . . .	586
4. Mehrere Fora. . . . .	587
5. Maßgeblichkeit der Parteirolle (reziproke Gerichtsstands- klauseln). . . . .	587
6. Begünstigung Dritter . . . . .	587
7. Keine Zuständigkeitsvereinbarung zu Lasten Dritter . . . . .	587
X. Bestimmung des forum prorogatum durch einen Dritten . . . . .	588
XI. Internationaler Bezug der Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	588
XII. Maßgeblicher Zeitpunkt. . . . .	588
1. Internationale Zuständigkeitsvereinbarung (§ 38 II ZPO) . . . . .	588
2. Abgrenzung zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten . . . . .	588
3. Anwendungsbereich der europäischen Zuständigkeits- ordnung . . . . .	589
XIII. Gerichtswahl und Rechtswahl (Zuständigkeitsvereinbarungen und Vereinbarungen über das anwendbare Recht) . . . . .	589
XIV. Selbständigkeit der Zuständigkeitsvereinbarung gegenüber materiell-rechtlichem Hauptvertrag. . . . .	589
XV. Lex fori. . . . .	590
XVI. Zustandekommen einer internationalen Zuständigkeits- vereinbarung. . . . .	591
1. Prorogations- bzw. Derogationsstatut . . . . .	591
2. Vertragsschluss . . . . .	593
3. Konkretisierung des Streitgegenstandes . . . . .	594
4. Insbesondere: Zuständigkeitsvereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen . . . . .	595
5. Unsicherheiten bei der Bestimmung der Vertragspartei . . . . .	598
6. Geschäfts- und Vertragssprache. . . . .	598
7. Zeitschranke des § 38 III Nr. 1 ZPO . . . . .	599
8. Stellvertretung. . . . .	600
9. Darlegungs- und Beweislast für das Zustandekommen einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	601
10. Beweismittel . . . . .	601
11. Klage auf Feststellung der Wirksamkeit bzw. der Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	601
12. Teilunwirksamkeit einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	601
XVII. Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	601
1. Kompetenzverschiebung. . . . .	601

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Prüfungspflicht des Gerichts? . . . . .	602
3. Pflichten der Parteien. . . . .	602
XVIII. Objektive Grenzen des Umfangs einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	603
1. Maßgebend ist der Wille der Parteien. . . . .	603
2. Konnossemente . . . . .	604
XIX. Subjektive Grenzen der Wirkungen einer Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	605
1. Grundsatz: Wirkung nur inter partes . . . . .	605
2. Ausnahme: Zuständigkeitsvereinbarungen zugunsten Dritter. . . . .	607
3. Keine Zuständigkeitsvereinbarung zu Lasten Dritter . . . . .	607
4. Wirksamkeit der Zuständigkeitsvereinbarung gegenüber dem falsus procurator . . . . .	607
5. Beitritt zu einer Zuständigkeitsvereinbarung? . . . . .	608
XX. Aufhebung oder Änderung der Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	608
XXI. Unterschiedliche Rechtsquellen . . . . .	609
XXII. Ausschließlichkeit des forum prorogatum? . . . . .	609
XXIII. Prorogation: Begründung der internationalen Zuständigkeit Deutschlands durch Zuständigkeitsvereinbarung . . . . .	610
1. Anspruch auf Justizgewährung . . . . .	610
2. Erweiterung der Gerichtspflichtigkeit des Beklagten . . . . .	610
3. Maßgeblichkeit deutschen Rechts für die Begründung der internationalen Zuständigkeit Deutschlands durch Parteivereinbarung . . . . .	610
4. Inlandsbezug nicht erforderlich. . . . .	611
5. Vollstreckungsmöglichkeit im Inland. . . . .	613
6. Annahme der Prorogation ohne Rücksicht auf Anerkennung der deutschen Entscheidung im Ausland . . . . .	613
7. Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten . . . . .	613
8. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	614
9. Kein Gleichlauf zwischen forum und ius . . . . .	615
10. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	615
11. Selbständige Beweisverfahren. . . . .	616
XXIV. Derogation: Ausschluss der an sich gegebenen internationalen Zuständigkeit Deutschlands . . . . .	616
1. Zulässigkeit. . . . .	616
2. Keine forum non conveniens-Erwägungen . . . . .	616
3. Auslandsbezug nicht erforderlich . . . . .	617
4. Derogation der internationalen Zuständigkeit Deutschlands zum Zweck der Ausschaltung international zwingenden Rechts. . . . .	617
5. Nichtannahme der Prorogation durch ausländische Gerichte . . . . .	617
6. Fehlen eines rechtsstaatlichen Mindeststandards am forum prorogatum . . . . .	618

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Nichtanerkennung des im forum prorogatum erlassenen Urteils in Deutschland . . . . .	619
8. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	620
9. Wechsel- und Scheckansprüche . . . . .	620
10. Derogationseffekt der Prorogation eines ausländischen Gerichts? . . . . .	620
11. Derogationsverbote . . . . .	621
12. Wahl einer ausländischen Rechtsordnung als lex causae . . . . .	624
13. Widerklage am forum derogatum . . . . .	624
14. Aufrechnung am forum derogatum . . . . .	624
15. Streitverkündung am forum derogatum . . . . .	625
16. Beweissicherung am forum derogatum . . . . .	626
17. Derogationseffekt der Vereinbarung der schiedsgerichtlichen Erledigung des Rechtsstreits . . . . .	626
18. Wirksamkeit der Derogation trotz Fehlens eines Prozesskostenhilfesystems bzw. trotz fehlender Kostenerstattung am forum prorogatum . . . . .	626
XXV. Gerichtsstandsbestimmung . . . . .	626
XXVI. Gerichtsstandsklauseln in Satzungen und Gesellschaftsverträgen . . . . .	626
XXVII. Kompetenzkonflikt im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Beurteilung der Wirksamkeit einer ausschließlichen Zuständigkeitsvereinbarung durch das forum prorogatum und das forum derogatum . . . . .	627
1. Negativer Kompetenzkonflikt . . . . .	627
2. Positiver Kompetenzkonflikt . . . . .	628
XXVIII. Arbeitssachen . . . . .	628
XXIX. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	629
XXX. Schiedsgerichtliche Erledigung . . . . .	629
XXXI. Erfüllungsortvereinbarung . . . . .	629
XXXII. Staatsverträge . . . . .	629
XXXIII. Internationale Anerkennungszuständigkeit . . . . .	631
1. Prorogation des Erststaates . . . . .	631
2. Derogation der internationalen Zuständigkeit des Erststaates . . . . .	632
 <b>11. Kapitel: Prüfung der internationalen Zuständigkeit</b>	
I. Zweck der Zuständigkeitsprüfung . . . . .	633
II. Terminanberaumung . . . . .	633
III. Prüfung von Amts wegen . . . . .	633
1. Überblick . . . . .	633
2. In Betracht kommende Hypothesen . . . . .	634
3. Regelungsbereich des Brüssel I-Systems . . . . .	636
4. Doppelrelevante Tatsachen . . . . .	636

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Zuständigkeits- tatsachen . . . . .	637
1. Eintritt der Zuständigkeitsvoraussetzungen erst während des Rechtsstreits . . . . .	637
2. Fortfall der Zuständigkeitsvoraussetzungen während des Rechtsstreits . . . . .	638
3. Stellungnahme . . . . .	639
4. Perpetuatio competentiae internationalis in der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	640
5. Internationale Insolvenzzuständigkeit . . . . .	641
V. Reihenfolge der Prüfung der internationalen Zuständigkeit im Gefüge der einzelnen Prozessvoraussetzungen . . . . .	641
VI. Entscheidung über die internationale Zuständigkeit . . . . .	642
1. Endurteile . . . . .	642
2. Zwischenurteil . . . . .	643
3. Keine Verweisung ins Ausland . . . . .	643
4. Keine Feststellung, welche(r) Staat(en) international zu- ständig wäre(n) . . . . .	644
5. Bindungswirkung gemäß § 281 II ZPO . . . . .	644
6. Bindungswirkung gemäß § 36 I Nr. 6 ZPO und § 5 FamFG . . . .	644
7. Prozessvergleich . . . . .	644
8. Vollstreckbare Urkunde . . . . .	645
VII. Nachprüfung der Entscheidung über die internationale Zuständigkeit durch die Rechtsmittelgerichte . . . . .	645
1. Unanwendbarkeit von § 513 II und § 545 II ZPO . . . . .	645
2. Bedeutung des § 39 ZPO und des Art. 24 EuGVVO/LugÜ . . . .	646
3. Entscheidung des Rechtsmittelgerichts, wenn es in der Zuständigkeitsfrage zu einem anderen Ergebnis kommt als die Vorinstanz . . . . .	647
4. Anspruchskonkurrenz . . . . .	648
VIII. Klage auf Feststellung, dass Deutschland für einen bestimmten Rechtsstreit international zuständig ist . . . . .	649
IX. Keine Bindung an die Zuständigkeitsentscheidung eines aus- ländischen Gerichts . . . . .	649
X. Heilung des Mangels der internationalen Zuständigkeit . . . . .	650
XI. Exkurs I: Prüfung der internationalen Anerkennungszuständigkeit	650
XII. Exkurs II: Prüfung der internationalen Zuständigkeit im Zwangs- vollstreckungsverfahren . . . . .	650
 <b>12. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit durch sekundäres Gemeinschaftsrecht</b>	
I. Die europäische Zuständigkeitsordnung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 vom 22.12.2000 . . . . .	651



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung . . . . .	653
 <b>13. Kapitel: Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit in völkerrechtlichen Vereinbarungen</b>	
I. Vorrang vor §§ 12 ff. ZPO . . . . .	654
II. Normierung der internationalen Entscheidungszuständigkeit . . . .	654
III. Brüsseler Übereinkommen . . . . .	655
IV. Lugano-Übereinkommen . . . . .	655
V. Völkerrechtliche Verträge, die Vorrang vor der europäischen Zuständigkeitsordnung haben gemäß Art. 57 EuGVÜ/LugÜ I bzw. nach Art. 71 I EuGVVO bzw. Art. 67 LugÜ II . . . . .	656
VI. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	662
 <b>Fünfter Teil: Justizgewährungsanspruch</b>	
I. Überblick . . . . .	663
1. Liberalismus der deutschen Zivilprozessordnung . . . . .	663
2. Ehedem: Das Gegenkonzept der Art. 14 und 15 Code civil . . . .	663
3. Verbürgung der Gegenseitigkeit nicht erforderlich. . . . .	663
II. Rechtsgrundlagen . . . . .	664
1. Völkerrecht . . . . .	664
2. Verfassungsrecht . . . . .	667
III. Verflochtenheit eines effektiven Rechtsschutzes mit nahezu allen Bereichen des internationalen Verfahrensrechts . . . . .	667
1. Regeln für die internationale Entscheidungszuständigkeit . . . .	667
2. Zustellungsrecht . . . . .	668
3. Beachtlichkeit ausländischer Rechtshängigkeit auf der Grundlage des Prioritätsprinzips . . . . .	670
4. Immunitätsrecht . . . . .	672
5. Parteifähigkeit . . . . .	672
6. Verfahrensbeschleunigung . . . . .	673
7. Anerkennungsrecht . . . . .	673
IV. Justizgewährungsanspruch und Kompetenzrecht . . . . .	674
1. Zuständigkeitsanknüpfungspunkte in der Sphäre des Beklagten als Hemmschuh für den Justizgewährungsanspruch. .	674
2. Zuständigkeitsanknüpfungen in der Sphäre des Klägers/ Antragstellers . . . . .	674
3. Ausschließliche internationale Zuständigkeit ausländischer Staaten . . . . .	674
4. Intertemporales Recht. . . . .	675
	<b>XLI</b>

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Keine Beachtung von Verboten ausländischer Gerichte, im Inland zu klagen . . . . .	675
VI. Verbot individuellen Rechtsschutzes durch Anerkennung eines ausländischen Insolvenzverfahrens – <i>vis attractiva concursus</i> . . . .	676
VII. Blockade individuellen Rechtsschutzes in Deutschland durch deutsches Insolvenzverfahren. . . . .	677
VIII. Justizgewährung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Parteien . . . . .	677
1. Überblick . . . . .	677
2. Staatsangehörigkeitszuständigkeit . . . . .	677
3. Justizgewährung für Ausländer in Statussachen . . . . .	678
IX. Keine Justizgewährung aufgrund Maßgeblichkeit deutschen Rechts . . . . .	679
X. Keine Rechtsschutzverweigerung bei fremder <i>lex causae</i> . . . . .	680
XI. <i>Forum non conveniens</i> . . . . .	680
XII. Justizgewährung am <i>forum prorogatum</i> . . . . .	681
XIII. Ausschluss des Rechtsschutzes im Inland . . . . .	681
XIV. Zugang zu den deutschen Gerichten auch für ausländische Staaten und juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	683
XV. Ausschluss öffentlich-rechtlicher Ansprüche für Ausländer . . . . .	688
XVI. Einstweiliger Rechtsschutz. . . . .	689
XVII. Rechtsschutzbedürfnis. . . . .	690
XVIII. Wesenseigene Zuständigkeit. . . . .	690
XIX. Anspruch auf Zwangsvollstreckung . . . . .	692
XX. Justizgewährung nach Maßgabe der Ausgestaltung des deutschen Zivilprozessrechts . . . . .	693
1. Gerichtsverfassung. . . . .	693
2. Notwendigkeit der Einreichung einer Klageschrift . . . . .	693
3. Verhandlungsgrundsatz . . . . .	694
4. Präklusion. . . . .	694
5. Beweisverfahren . . . . .	694
6. Versäumnisverfahren . . . . .	694
7. Instanzenzug . . . . .	695
XXI. Dispositionsgrundsatz . . . . .	695
XXII. Pflicht zur Entscheidung . . . . .	695
XXIII. Sicherheitsleistung für Prozesskosten . . . . .	695
XXIV. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe. . . . .	700
XXV. Beratungshilfe. . . . .	702
XXVI. Einreise . . . . .	702
XXVII. Sicheres Geleit . . . . .	703
XXVIII. Rechtshilfe . . . . .	704

## Sechster Teil: Internationales Zustellungsrecht

### 1. Kapitel: Rechtsquellen

I. Völkerrechtliche Verträge . . . . .	710
1. Haager Übereinkommen vom 1.3.1954 über den Zivilprozess. . . . .	710
2. Haager Übereinkommen vom 15.11.1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen . . . . .	710
3. Bilaterale Rechtshilfeverträge . . . . .	711
4. Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	711
II. EG-Zustellungsverordnung vom 13.11.2007 . . . . .	712
III. Autonomes deutsches Recht . . . . .	712
IV. Verhältnis des völkerrechtlichen Vertragsrechts zum autonomen deutschen Recht . . . . .	713
V. Völkerrechtliche Schranken für Mitteilungen an Adressaten im Ausland . . . . .	715
VI. Verfassungsrechtlicher Anspruch auf rechtliches Gehör . . . . .	717
VII. Völkerrechtlicher Anspruch auf rechtliches Gehör . . . . .	718
VIII. Gefährdung bzw. Vereitelung des Justizgewährungsanspruchs durch überlange Verzögerung der Zustellung des verfahrens- einleitenden Schriftsatzes . . . . .	718
IX. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 16 HZÜ . . . . .	719
X. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 19 IV und V der EG-Zustellungsverordnung . . . . .	720
XI. Rechtsvergleichende Hinweise . . . . .	720

### 2. Kapitel: Zustellungen für deutsche Gerichtsverfahren

I. Das deutsche Konzept: Grundsätzlich keine Zustellungsfiktion, sondern tatsächlich ausgeführte förmliche Zustellung im Ausland . . . . .	722
1. Grundsatz . . . . .	722
2. Sonderregelung im deutsch-tunesischen und im deutsch- marokkanischen Vertrag . . . . .	723
3. Zustellungsreformgesetz vom 25.6.2001 . . . . .	724
II. Verfahren nach § 183 I 2 ZPO . . . . .	724
III. Vereinbarungen über die Modalitäten der Zustellung . . . . .	725
IV. Heilung von Zustellungsmängeln . . . . .	725
V. Mahnverfahren . . . . .	726
VI. Vereitelung der Zustellung durch den Zustellungsadressaten . . . . .	726
VII. Öffentliche Zustellung . . . . .	726
VIII. Zustellung an Dritte . . . . .	728
IX. Maßgeblichkeit der lex fori für Zustellungsverfahren . . . . .	728

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
X. Notwendigkeit der Auslandszustellung . . . . .	728
XI. Fiktive Inlandszustellung gemäß § 184 I 2 ZPO . . . . .	731
1. Überblick . . . . .	731
2. Ausführung der Zustellung durch Aufgabe zur Post . . . . .	734
3. Drohende internationale Entscheidungsdisharmonie wegen der Gefahr der Nichtanerkennung der deutschen Ent- scheidung im Ausland . . . . .	734
4. Ermessensspielraum des Gerichts? . . . . .	735
5. Kritik . . . . .	736
6. Familienverfahren und Verfahren der freiwilligen Gerichts- barkeit. . . . .	736
XII. Verhältnis zwischen Judikative und Exekutive . . . . .	736
XIII. Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Rechtshilfebehörde . . . .	738
XIV. Durchführung der Auslandszustellung nach § 183 I 2 ZPO . . . . .	738
XV. Zustellung durch die deutschen Auslandsvertretungen . . . . .	741
XVI. Fristwahrung . . . . .	742
XVII. Forderungspfändung . . . . .	742
XVIII. Zustellung und Immunitätsrecht. . . . .	742
1. Zustellung an ausländische Staaten . . . . .	742
2. Zustellung an Personen, die Immunität genießen . . . . .	743
XIX. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	744
<b>3. Kapitel: Zustellungen für ausländische Gerichtsverfahren in Deutschland</b>	
I. Aktive Rechtshilfe für ausländische Staaten: Zustellung von Schriftstücken im Rahmen eines vor ausländischen Gerichten anhängigen Verfahrens in Deutschland durch deutsche Rechts- hilfebehörden . . . . .	
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	744
2. Ablehnung von ausländischen Zustellungsersuchen . . . . .	747
3. Keine Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort des Zustellungsempfängers. . . . .	753
4. Zustellungszeugnis . . . . .	753
5. Rechtsmittel . . . . .	753
II. Passive Rechtshilfe: Dulden von Zustellungen durch aus- ländische Stellen (ohne Einschaltung deutscher Rechtshilfe- behörden) auf deutschem Territorium . . . . .	
1. Zustellung durch konsularische oder diplomatische Vertreter .	754
a) an eigene Staatsangehörige des Entsendestaates . . . . .	754
b) an Deutsche . . . . .	754
c) an Staatsangehörige dritter Staaten . . . . .	755
d) an Staatenlose . . . . .	755

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Zustellung aus dem Ausland durch die Post. . . . .	755
a) Völkergewohnheitsrecht . . . . .	755
b) Haager Übereinkommen. . . . .	756
c) Deutsch-britisches Abkommen . . . . .	757
d) EG-Zustellungsverordnung. . . . .	757
3. Direkte Beauftragung von Zustellungsorganen im Aufent- haltsstaat des Zustellungsadressaten . . . . .	758
4. Zustellung durch Private . . . . .	758
5. Sanktionen bei Verletzung der deutschen Justizhoheit. . . . .	758
a) Keine automatische Nichtanerkennung der ausländischen Sachentscheidung . . . . .	758
b) Keine strafbare Amtsanmaßung . . . . .	760
 4. Kapitel: Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke. . . . .	 760

## Siebenter Teil: Parteien und ihre Vertreter

I. Parteibegriff . . . . .	762
II. Parteiänderung . . . . .	762
III. Parteifähigkeit . . . . .	763
1. Verweisung auf das materielle und/oder prozessuale Personalstatut? . . . . .	763
2. Schutz des inländischen Rechtsverkehrs . . . . .	764
3. Bestimmung des Personalstatuts juristischer Personen und Personenvereinigungen nach der Sitztheorie außerhalb des Anwendungsbereichs der Niederlassungsfreiheit des EG-Vertrages und des EWR-Abkommens . . . . .	765
4. Völkerrechtssubjekte . . . . .	769
5. Juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	770
6. Inländische Niederlassungen ausländischer Gesellschaften . . .	770
7. Spaltgesellschaften . . . . .	770
8. Deutsch-amerikanischer Freundschaftsvertrag und deutsch-spanisches Investitionsschutzabkommen. . . . .	771
9. Bedeutung von Art. 43, 48 EG-Vertrag und Art. 31, 34 EWR-Abkommen . . . . .	771
10. Bedeutung von Art. XXVIII des General Agreement on Trade in Services. . . . .	777
11. Relevanz der Gründungstheorie aufgrund von Art. 6 und Art. 14 EMRK? . . . . .	777
12. Parteifähigkeit der Insolvenzmasse . . . . .	778
13. Parteifähigkeit der hereditas iacens . . . . .	778
14. Parteifähigkeit der Europäischen Wirtschaftlichen Vereinigung und der Europäischen Aktiengesellschaft . . . . .	778
15. Exkurs: Anerkennungsstadium . . . . .	778

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Prozessfähigkeit und gesetzliche Vertretung . . . . .	778
1. Prozessuales Personalstatut . . . . .	778
2. Gesetzliche Vertreter . . . . .	779
3. Staatsverträge . . . . .	780
4. Familienverfahren und Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	780
5. Exkurs: Anerkennungsstadium . . . . .	780
V. Postulationsfähigkeit . . . . .	781
1. Anwaltszwang . . . . .	781
2. Anwendung des § 79 ZPO . . . . .	781
3. Auftreten ausländischer Anwälte bei Beweisaufnahme vor deutschem Rechtshilfegericht . . . . .	784
4. Exkurs: Anerkennungsstadium . . . . .	784
VI. Prozessvollmacht . . . . .	784
VII. Inländischer Zustellungsbevollmächtigter für im Ausland domizilierte Partei . . . . .	785
VIII. Prozessstandschaft . . . . .	785
1. Lex fori-Prinzip . . . . .	785
2. Prozessführungsbefugnis aufgrund materiellen Rechts . . . . .	786
3. Prozessführungsbefugnis aufgrund Prozessrechts . . . . .	789
4. Versicherungsgeschäft der bei Lloyd's vereinigten Einzel- versicherer . . . . .	790
5. Auslandsinsolvenz . . . . .	790
6. Exkurs: Anerkennungsstadium . . . . .	790
IX. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit . . . . .	791

## Achter Teil: Internationales Beweis- und Beweisverfahrensrecht

### 1. Kapitel: Internationales Beweisrecht im Spannungsfeld zwischen lex causae und lex fori

I. Abgrenzungsproblematik . . . . .	792
II. Beweisverfahren als Domäne der lex fori . . . . .	795
1. Kein Kreuzverhör . . . . .	795
2. Beweisbeschluss . . . . .	795
3. Einführung einer Urkunde in den Prozess . . . . .	796
4. Verhandlungsmaxime . . . . .	796
5. Indizienbeweis . . . . .	796
6. Zurückweisung verspäteter Angriffs- und Verteidigungs- mittel . . . . .	796
7. Beweisverfahrensarten (Strengbeweis, Freibeweis, Glaub- haftmachung) . . . . .	796
8. Beweiserleichterung nach § 287 ZPO . . . . .	797
9. Geständnis . . . . .	797

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Beweisfrage. . . . .	798
IV. Beweiserheblichkeit . . . . .	798
V. Beweisbedürftigkeit. . . . .	798
VI. Offenkundige Tatsachen. . . . .	799
VII. Beweisvermutungen . . . . .	799
1. Gesetzliche Vermutungen . . . . .	799
2. Tatsächliche Vermutungen, insbesondere der Beweis des ersten Anscheins . . . . .	801
VIII. Beweis ausländischen Rechts . . . . .	801
IX. Beweisthemenverbote . . . . .	802
X. Beweisverbote des Estoppel . . . . .	802
1. Vollmachtsmangel . . . . .	802
2. Estoppel by record . . . . .	803
XI. Unsichere Beweise . . . . .	804
XII. Beweishindernisse. . . . .	804
XIII. Beweisverwertungsverbote . . . . .	805
XIV. Beweismittel. . . . .	805
1. Überblick . . . . .	805
2. Zeugen . . . . .	807
3. Sachverständige. . . . .	811
4. Parteivernehmung . . . . .	811
5. Urkunden . . . . .	812
6. Richterlicher Augenschein . . . . .	814
7. Numerus clausus der Beweismittel . . . . .	814
XV. Beweismaß . . . . .	814
XVI. Beweiswürdigung . . . . .	815
XVII. Beweislast. . . . .	816
1. Grundsatz: Maßgeblichkeit der lex causae . . . . .	816
2. Ausnahme: Maßgeblichkeit der lex fori . . . . .	817
3. Besonderheiten der angelsächsischen Rechtsordnungen: Aufgabenteilung zwischen Richter und Jury. . . . .	817
XVIII. Beweisvereitelung . . . . .	819
XIX. Pflicht zur Sachentscheidung . . . . .	819
 <b>2. Kapitel: Internationales Beweisverfahrensrecht – Grundfragen</b>	
I. Überblick . . . . .	822
II. Rechtsquellen . . . . .	824
1. Staatsverträge . . . . .	824
2. Völkergewohnheitsrecht. . . . .	831

3. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28.5.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen . . . . .	832
<b>3. Kapitel: Beweisaufnahmen mit Auslandsbezug in Zusammenhang mit vor deutschen Gerichten anhängigen Verfahren</b>	
I. Beschaffung von Beweismitteln aus dem Ausland . . . . .	833
1. Die verschiedenen in Betracht kommenden Rechtsebenen . . . . .	833
2. Entscheidungsfreiheit des deutschen Gerichts . . . . .	833
3. Befugnisse des deutschen Gerichts . . . . .	834
a) Überblick . . . . .	834
b) Schriftliche Befragung (§ 377 III ZPO) von im Ausland sich aufhaltenden Beweispersonen (Parteien, Zeugen, Sachverständigen) durch das deutsche Gericht . . . . .	837
c) Telefonische Vernehmung . . . . .	837
d) Audiovisuelle Vernehmung . . . . .	837
e) Anordnung der Vorlage von Urkunden, die sich im Ausland befinden . . . . .	838
f) Beauftragung von Sachverständigen, die sich im Ausland aufhalten . . . . .	838
g) Ladung von Beweispersonen . . . . .	838
4. Verwertungsverbot bei völkerrechtswidriger Beweis- beschaffung . . . . .	840
II. Beweisaufnahme für deutsche Zivilprozesse im Ausland . . . . .	841
1. Grundsätzliches . . . . .	841
2. Beschlussfassung über die im Ausland durchzuführende Beweisaufnahme . . . . .	841
3. Verständigung der Parteien von dem Beweistermin im Ausland . . . . .	842
4. Kosten für die Teilnahme am ausländischen Beweistermin . . . . .	842
5. Verfahren des deutschen Prozessgerichts nach Durchführung der Beweisaufnahme im Ausland . . . . .	843
6. Verwertung der Ergebnisse der ausländischen Beweisaufnahme . . . . .	843
7. Nichterledigung des deutschen Beweisaufnahme- ersuchens im Ausland . . . . .	844
8. Absehen von einer Beweisaufnahme analog § 244 III StPO? . . . . .	844
III. Beweisaufnahme durch deutsche Konsularbeamte . . . . .	844
1. Überblick . . . . .	844
2. Befugnisse der deutschen konsularischen Vertreter . . . . .	845
3. Überwachung der Beweisaufnahme des deutschen Konsularbeamten durch Organe des Beweisaufnahmestaates . . . . .	846
4. Teilnahmerecht der Parteien . . . . .	846



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Beweisaufnahme durch ausländische Rechtshilfebehörden . . . . .	846
1. Notwendigkeit der Inanspruchnahme ausländischer Rechtshilfe . . . . .	846
2. Form und Inhalt des Ersuchens des deutschen Gerichts . . . . .	847
3. Zuständiger Funktionsträger für die Beweisaufnahme im Ausland . . . . .	848
4. Beweisaufnahme nach dem Recht des ersuchten Staates . . . . .	848
5. Teilnahme der Beteiligten an der ausländischen Beweis- aufnahme . . . . .	849
6. Teilnahme deutscher Richter an der ausländischen Beweisaufnahme . . . . .	849
7. Weigerungsrechte der Beweispersonen . . . . .	849
8. US-amerikanische pre-trial discovery für deutsche Prozesse? . . . . .	850
V. Anwendung deutschen Strafrechts für Eides- und sonstige Aussagedelikte . . . . .	850
 4. Kapitel: Beweisaufnahmen auf deutschem Territorium für im Ausland anhängige Verfahren	
I. Grundfragen . . . . .	851
II. Beweisaufnahme ohne Einschaltung deutscher Stellen (Direktmethode) . . . . .	852
1. Überblick . . . . .	852
2. Überwachung durch deutsches Amtsgericht . . . . .	853
3. Verbot der Vernehmung deutscher Staatsangehöriger . . . . .	854
4. Keine Anwendung von Zwang . . . . .	854
5. Befugnisse der Konsuln und Gerichtsbeauftragten . . . . .	855
6. Schutz der Beweispersonen bei Beweisaufnahmen durch nichtdeutsche Stellen (Konsuln oder Beauftragte) . . . . .	856
III. Aktive Rechtshilfe: Erledigung ausländischer Ersuchen um Beweisaufnahme durch deutsche Stellen . . . . .	856
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	856
a) Völkerrecht . . . . .	856
b) Innerstaatliche Ebene . . . . .	858
2. In Betracht kommende Rechtshilfehandlungen . . . . .	859
3. Rechtshilfe als Aufgabe des Bundes gemäß Art. 32 I GG . . . . .	859
4. Überblick über die fünf Abschnitte der internationalen Rechtshilfe . . . . .	860
a) Erster Abschnitt: Das ausländische Gericht ersucht um Rechtshilfe . . . . .	860
b) Zweiter Abschnitt: Entscheidung über die Gewährung deutscher Rechtshilfe . . . . .	861
c) Dritter Abschnitt: Durchführung der Beweisaufnahme . . . . .	861

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Vierter Abschnitt: Rückgabe der Akten nach der Erledigung durch das Amtsgericht an die Rechtshilfebehörde (Prüfungsstelle bzw. Zentrale Behörde) . . . . .	863
e) Fünfter Abschnitt: Rückleitung der Akten durch die Rechtshilfebehörde an den ersuchenden Staat . . . . .	863
5. Ablehnung des ausländischen Ersuchens durch die Justizverwaltung . . . . .	863
a) Überblick . . . . .	863
b) „Ordre public“-Vorbehalt . . . . .	865
c) Grundrechtsschranken . . . . .	866
d) Staatliche Wirtschaftsinteressen . . . . .	867
e) Verhältnis zu § 328 ZPO und § 109 FamFG . . . . .	869
f) Pre-trial discovery of documents . . . . .	869
g) Ablehnung des ausländischen Ersuchens um Beweisaufnahme mit der Begründung, das deutsche Rechtshilfegericht dürfe keine Beweisaufnahme durchführen, die es im eigenen Zivilprozess nicht anberaumen dürfe . . . . .	870
h) Ablehnung des ausländischen Ersuchens im unmittelbaren Staatsinteresse, ohne dass die subjektiven Rechte Einzelner betroffen sind . . . . .	870
i) Verfahren bei Ablehnung der erbetenen Rechtshilfe . . . . .	871
6. Innerstaatliche Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Justizverwaltung . . . . .	871
a) gegen die Ablehnung der vom ausländischen Gericht erbetenen Beweisaufnahme . . . . .	871
b) gegen die Bewilligung der Rechtshilfe der vom ausländischen Gericht erbetenen Beweisaufnahme . . . . .	872
7. Verfahren vor dem deutschen Rechtshilfegericht . . . . .	873
a) Überblick . . . . .	873
b) Bei der Beweisaufnahme vom deutschen Rechtshilfegericht anzuwendendes Recht . . . . .	874
c) Vernehmung in der erleichterten Form der schriftlichen Befragung (§ 377 III ZPO) . . . . .	874
d) Eidesabnahme durch das deutsche Rechtshilfegericht . . . . .	875
e) Weigerungsrechte der Beweispersonen . . . . .	875
f) Teilnahmerechte der Parteien . . . . .	875
g) Anwesenheit des ausländischen Prozessgerichts . . . . .	876
8. Zwangsmittel . . . . .	876
a) Androhung und Anwendung von Zwangsmitteln nur nach der deutschen lex fori . . . . .	876
b) Vergleich der Zwangsmittel nach deutschem und US-Bundesrecht . . . . .	877
aa) Vernehmung von Aussagepersonen . . . . .	877
bb) Duldung des Augenscheins . . . . .	878
cc) Vorlage von Urkunden . . . . .	878

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Rechtsvergleichendes Fazit .....	879
<b>5. Kapitel: Ladung von Zeugen ins Ausland</b>	
I. Ladung ohne Einschaltung deutscher Stellen .....	880
II. Übermittlung der Ladung des ausländischen Gerichts durch die deutschen Rechtshilfeinstanzen .....	880
III. Freies Geleit .....	881
<b>6. Kapitel: Kein Verbot der freiwilligen Mitwirkung an einer vom         ausländischen Gericht – ohne Einschaltung deutscher Rechts-         hilfeorgane – veranlassten Beweisaufnahme, die (angeblich)         die Souveränität Deutschlands verletzt .....</b>	<b>882</b>
<b>7. Kapitel: Nichtanerkennung ausländischer Entscheidungen, die auf         einem völkerrechtswidrigen Beweisverfahren beruhen?</b>	
I. Verletzung der Justizhoheit Deutschlands .....	882
II. Verletzung der Justizhoheit dritter Staaten .....	883
<b>8. Kapitel: Beweisaufnahme für schiedsgerichtliche Verfahren .....</b>	<b>884</b>
<b>9. Kapitel: Beweissicherung im Ausland .....</b>	<b>884</b>

## Neunter Teil: Anwendung ausländischen Rechts durch die deutschen Gerichte

I. Pflicht zur kollisionsrechtlichen Entscheidung .....	887
II. Pflicht, den Inhalt des vom deutschen internationalen Privatrecht berufenen ausländischen Rechts zu ermitteln .....	889
1. Rechtsnormqualität ausländischen Rechts .....	889
2. „Beweis“ ausländischen Rechts .....	891
3. Versäumnisverfahren .....	896
4. Vorläufiger Rechtsschutz – Notwendigkeit einer Eilentscheidung .....	896
III. § 293 ZPO als Ausnahme vom Grundsatz „iura novit curia“ .....	896
IV. Anwendung ausländischen Rechts .....	897
V. Ersatzrecht, wenn der Inhalt des ausländischen Rechts nicht festgestellt werden kann. ....	898
VI. Revisibilität ausländischen Rechts .....	899
1. Neues Recht seit 1. September 2009 .....	899
2. Bisheriges Recht: Irrevisibilität ausländischen Rechts .....	899
3. Unrichtige Anwendung des deutschen Internationalen Privatrechts .....	903

	Seite
4. Nachprüfung des ausländischen Rechts auf seine Vereinbarkeit mit dem deutschen ordre public – „Eviction de la loi normalement compétente par l'ordre public“ . . . . .	904
5. Nachprüfung des § 293 ZPO . . . . .	904
VII. Recht der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	906
VIII. Keine Kostenvorschusspflicht. . . . .	906
IX. Rechtstatsächliches – Foralpraxis praeter legem. . . . .	906
X. Europäisches Übereinkommen vom 7.6.1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht. . . . .	907
XI. Völkerrecht. . . . .	907
XII. Völkerrechtliche Verpflichtung zur Anwendung ausländischen Rechts . . . . .	907
XIII. Exkurs I: Internationale Gerichte. . . . .	907
XIV. Exkurs II: Vorlage der Auslegungsfrage zum ausländischen Recht an das jeweilige ausländische Höchstgericht . . . . .	907

## Zehnter Teil: Durchführung in Deutschland anhängiger Verfahren mit Auslandsberührung

I. Überblick . . . . .	908
II. Rechtsschutzgewährung durch die Gerichte. . . . .	908
III. Aufteilung unter die verschiedenen Gerichtsbarkeiten . . . . .	908
IV. Besondere Formen des Zivilprozesses . . . . .	908
V. Klagearten. . . . .	909
VI. Klagefristen. . . . .	913
VII. Präklusionsvorschriften . . . . .	913
VIII. Streitgegenstand . . . . .	914
IX. Urteilsgegenstand . . . . .	914
X. Gerichtssprache. . . . .	915
XI. Abänderungsverfahren. . . . .	917
XII. Prozessvergleich . . . . .	919
XIII. Abfassung deutscher Entscheidungen im Hinblick auf ihre Verwendung im Ausland . . . . .	921
XIV. Folgen der Fehlerhaftigkeit eines Gerichtsurteils . . . . .	922
XV. Klagebefugnis von Verbänden . . . . .	922
XVI. Gruppen- und sonstige Stellvertreterklagen . . . . .	922
XVII. Kostenerstattungspflicht der unterlegenen Partei . . . . .	923

**Elfter Teil: Bedeutung eines im Ausland anhängigen  
Verfahrens bei Identität oder Konnexität des  
Streitgegenstands**

I. Überblick .....	928
II. Berücksichtigung der ausländischen Rechtshängigkeit nur bei positiver Anerkennungsprognose .....	930
1. Autonomes deutsches Recht .....	930
2. Völkerrecht .....	931
III. Identität des Streitgegenstandes .....	932
IV. Identität der Parteien .....	935
V. Konnexität beider Verfahren .....	935
VI. Prioritätsprinzip .....	935
VII. Seerecht .....	941
VIII. Kein Gegenseitigkeitserfordernis .....	942
IX. Beachtung von Amts wegen .....	942
X. Ehesachen .....	942
XI. Zwischenurteil .....	943
XII. Aussetzung .....	943
XIII. Präjudizialität des ausländischen Verfahrens .....	944
XIV. Relevanz der Beweisaufnahme in einem im Ausland schwebenden Verfahren .....	944
XV. Positive Anerkennungsprognose .....	945
XVI. Abgrenzung zur Anerkennung der res iudicata- und der Gestaltungswirkung der bereits im Ausland ergangenen Entscheidung .....	946
XVII. Justizverweigerung im Ausland .....	947
XVIII. Negative Feststellungsklage .....	948
XIX. Ausländisches Schlichtungsverfahren .....	948
XX. Aufrechnung trotz Rechtshängigkeit im Ausland .....	949
XXI. Verjährungshemmung aufgrund der Klageerhebung im Ausland ..	949
XXII. Familienverfahren und (sonstige) Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit .....	949
XXIII. Ausländische Insolvenzverfahren .....	949
XXIV. Gleichzeitige Zwangsvollstreckung im In- und Ausland .....	950
XXV. Eingeschränkte Durchsetzung des Prioritätsprinzips im Anerkennungsstadium .....	950
XXVI. Bilanzierungspflicht hinsichtlich des Prozessrisikos .....	951

## **Zwölfter Teil: Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen**

### **1. Kapitel: Anerkennung ausländischer Entscheidungen**

I. Überblick . . . . .	958
II. Rechtsgrundlagen . . . . .	960
1. Europäisches sekundäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	960
2. Völkerrecht . . . . .	960
3. Autonomes deutsches Recht . . . . .	963
4. Verhältnis des anerkennungsfreundlicheren autonomen Rechts zum (strengerem) Vertragsrecht . . . . .	963
5. Verhältnis des anerkennungsfreundlicheren nationalen Rechts zum (strengerem) europäischen Gemeinschaftsrecht . . .	964
III. Anerkennungsverbote . . . . .	965
1. Völkerrecht . . . . .	965
2. Recht der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	967
3. Verfassungsrecht . . . . .	967
IV. Anerkennung bedeutet Wirkungserstreckung . . . . .	968
1. Gegenstand der Anerkennung . . . . .	968
2. Grenzen der Wirkungserstreckung . . . . .	970
3. Materiell-rechtliche Urteilswirkungen . . . . .	972
4. Entscheidungen in der Sache . . . . .	972
5. Ausländische Vollstreckungsakte . . . . .	974
6. Durchführung eines Anerkennungsverfahrens nicht erforderlich . . . . .	975
7. Zeitpunkt der Anerkennung . . . . .	975
V. Anerkennungsfähige Urteilswirkungen . . . . .	976
1. Überblick . . . . .	976
2. Materielle Rechtskraft (Feststellungswirkung) . . . . .	976
3. Präklusionswirkung . . . . .	981
4. Gestaltungswirkung . . . . .	981
5. Streitverkündungs- und Interventionswirkung . . . . .	983
VI. Nicht anerkennungsfähige Urteilswirkungen . . . . .	985
VII. Tatbestandswirkungen ausländischer gerichtlicher Ent- scheidungen aus deutscher Sicht . . . . .	986
VIII. Anerkennung in dritten Staaten . . . . .	991
IX. Anwendungsbereich des § 328 ZPO . . . . .	992
1. Urteil . . . . .	992
2. Zivilrechtliche Streitgegenstände . . . . .	998
3. Gericht . . . . .	999
4. Streitige Gerichtsbarkeit . . . . .	1001
5. Insolvenzrechtliche Entscheidungen . . . . .	1002
6. Schiedssprüche . . . . .	1002

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Entscheidungen der Gerichte der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. . . . .	1002
8. Entscheidungen völkerrechtlicher Gerichte . . . . .	1002
X. Verbürgung der Gegenseitigkeit. . . . .	1003
XI. Anerkennung gemäß § 109 FamFG . . . . .	1003
XII. Anerkennung gemäß § 343 InsO . . . . .	1006
XIII. Anerkennungsvoraussetzungen . . . . .	1007
1. Wirksamkeit der anzuerkennenden ausländischen Entscheidung nach dem Recht des Erststaates . . . . .	1007
2. Festlegung des Vorrangs bei Kollision mehrerer Entscheidungen über die gleiche Sache . . . . .	1008
3. Prüfung der Gerichtsbarkeit und der internationalen Zuständigkeit des Erststaates (= der Befugnis des Erststaates zur Entscheidung über den Streitgegenstand aus der Sicht des Zweitstaates) . . . . .	1009
4. Beschränkte Überprüfung der Sachentscheidung . . . . .	1018
a) Überprüfung des ausländischen Verfahrens . . . . .	1019
aa) Einleitung des Prozesses im Erststaat. . . . .	1020
bb) Ablauf des Verfahrens im Erststaat. . . . .	1038
b) Überprüfung der ausländischen Entscheidungsfindung . . . . .	1044
c) Skandalöses Verhalten einer Partei im Erstverfahren. . . . .	1058
d) Prüfungsmaximen . . . . .	1060
e) Wirksamkeit der Fehlentscheidung des Zweitrichters zur Frage der ordre public-Widrigkeit . . . . .	1062
XIV. Anerkennung unmittelbar kraft Gesetzes ohne Durchführung eines Anerkennungsverfahrens. . . . .	1062
1. Grundsatz . . . . .	1062
2. Ausnahme: Ehesachen . . . . .	1063
XV. Bedürfnis nach rechtskraftfähiger Klärung der Anerkennungs- bzw. Nichtanerkennungsfähigkeit . . . . .	1063
1. Feststellungsklage . . . . .	1063
2. Feststellungsverfahren nach Art. 33 II EuGVVO/LugÜ II und nach Art. 21 III EuEheVO . . . . .	1065
3. Verhältnis zwischen Feststellung der Anerkennungs- voraussetzungen und Vollstreckbarerklärung . . . . .	1067
XVI. Anerkennungsfeststellungsverfahren für Entscheidungen in Ehesachen . . . . .	1068
1. Monopolisierung der Entscheidung über das Vorliegen bzw. Nichtvorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen bei der Justizverwaltung . . . . .	1068
2. Aussetzungspflicht für die Gerichte. . . . .	1069
3. Nebenentscheidungen . . . . .	1069
4. Feststellungswirkung . . . . .	1070
5. Anwendungsbereich . . . . .	1070

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Anerkennungsprognose im Zusammenhang mit der Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit . . . . .	1072
7. Einstweilige Maßnahmen . . . . .	1073
8. Wirksamkeit der ausländischen Entscheidung nach dem Recht des Erststaates . . . . .	1073
9. Antragsberechtigung . . . . .	1073
10. Deutsche Gerichtsbarkeit . . . . .	1074
11. Nichtigkeit (= Unwirksamkeit) der Entscheidung der Justizverwaltung . . . . .	1074
12. Benachrichtigung des Standesbeamten . . . . .	1075
13. Verwaltungsverfahren im Einzelnen . . . . .	1075
14. Entscheidung der Justizverwaltung . . . . .	1076
15. Antrag auf gerichtliche Entscheidung . . . . .	1076
16. Wiederaufnahme . . . . .	1078
17. Abänderung. . . . .	1078
XVII. Anerkennungsverfahren für ausländische Adoptionen im Anwendungsbereich des Haager Adoptionsübereinkommens. . . . .	1078
XVIII. Anerkennungsverfahren für ausländische Maßnahmen im Anwendungsbereich des Haager Erwachsenen-schutzübereinkommens . . . . .	1079
XIX. Folgen der Versagung der Anerkennung. . . . .	1079
1. Nichtbeachtung der ausländischen Entscheidung . . . . .	1079
2. Rückforderung des aufgrund des ausländischen Urteils Geleisteten . . . . .	1080
3. Beweiskraft . . . . .	1081
4. Parteivereinbarungen . . . . .	1081
5. Internationale Ersatzzuständigkeit zur Wiederholung des Rechtsstreits . . . . .	1081
6. Internationale Zuständigkeit zur Aufhebung bigamischer Ehen . . . . .	1083
XX. Teilanerkennung . . . . .	1083
XXI. Aufhebung der ausländischen Entscheidung im Erststaat . . . . .	1085
XXII. Anerkennung von Entscheidungen der Gerichte der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik . . . . .	1085
XXIII. Europäischer Vollstreckungstitel. . . . .	1086
 <b>2. Kapitel: Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel</b>	
I. Nichtanerkennung der erststaatlichen Vollstreckbarkeit . . . . .	1087
II. Streitgegenstand des deutschen Vollstreckbarerklärungsverfahrens. . . . .	1088
III. Vollstreckbarerklärungsfähige Urteile und sonstige Titel . . . . .	1089



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Vollstreckungstitel, für die eine Vollstreckbarerklärung nicht in Betracht kommt . . . . .	1091
1. Exequaturentscheidungen. . . . .	1091
2. Leistungsurteile, die aufgrund einer actio iudicati ergangen sind . . . . .	1092
3. Schiedssprüche . . . . .	1092
V. Vollstreckbarerklärungsvoraussetzungen . . . . .	1093
VI. Vollstreckung aus vorläufig vollstreckbaren Titeln . . . . .	1093
VII. Insolvenz im Erststaat . . . . .	1094
VIII. Notwendigkeit der Vollstreckbarerklärung . . . . .	1095
IX. Vollstreckbarerklärungsverfahren . . . . .	1096
1. Die verschiedenen Verfahrensarten . . . . .	1096
2. Zuständigkeit . . . . .	1097
3. Durchführung des Verfahrens nach § 722 ZPO . . . . .	1099
4. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 38 ff. EuGVVO/LugÜ II. . . . .	1100
5. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 28 der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 vom 27.11.2003 . . . . .	1103
6. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 26 ff. der Verordnung (EG) Nr. 4/2009 vom 18.12.2008 . . . . .	1104
7. Vollstreckbarerklärungsverfahren auf Grund der deutschen Ausführungsgesetze zu den völkerrechtlichen Verträgen . . . . .	1104
8. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach § 110 II FamFG . . . . .	1104
X. Einwendungen gegen den dem Vollstreckungstitel zugrundeliegenden Anspruch . . . . .	1104
1. Keine Verweisung des Schuldners auf die ihm offen stehenden Rechtsbehelfsmöglichkeiten im Erststaat . . . . .	1104
2. Keine Verletzung des Verbots der révision au fond . . . . .	1105
3. Berücksichtigung im Vollstreckbarerklärungsverfahren . . . . .	1105
4. Gemeinschaftsrechtskonforme Reduktion der §§ 12, 14 AVAG . . . . .	1107
5. Parallele Problematik bei § 36 des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes. . . . .	1108
6. Berücksichtigung nach Abschluss des Vollstreckbarerklärungsverfahrens . . . . .	1108
XI. Passivlegitimation . . . . .	1108
XII. Grundlage für die Zwangsvollstreckung im Inland . . . . .	1108
XIII. Ergänzungen des erststaatlichen Vollstreckungstitels . . . . .	1109
1. Grundsatz . . . . .	1109
2. Zwangsgeld . . . . .	1109
3. Festsetzung von Zinsen und Mehrwertsteuer . . . . .	1109
4. Dynamisierte Unterhaltstitel . . . . .	1110
5. Konkretisierung . . . . .	1111
6. Keine Umrechnung des auf ausländische Valuta lautenden Vollstreckungstitels . . . . .	1112

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
XIV. Gleichstellung des für vollstreckbar erklärten erststaatlichen Vollstreckungstitels mit zweitstaatlichen Titeln . . . . .	1113
XV. Res iudicata-Wirkung der Entscheidung über den Vollstreckbarerklärungsantrag. . . . .	1113
XVI. Teilexequatur . . . . .	1114
XVII. Leistungsklage aus ausländischem Urteil. . . . .	1114
XXVIII. Kosten des Vollstreckbarerklärungsverfahrens . . . . .	1115
XIX. Eventualleistungs- und Abänderungsklage aus materiellem Rechtsverhältnis . . . . .	1115
XX. Vollstreckungsgegenklage. . . . .	1116
XXI. Rechtshängigkeit . . . . .	1116
XXII. Vollstreckung von Anordnungen und Beschlüssen aus dem Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit. . . . .	1117
XXIII. Einstweilige Sicherungen vor deutscher Vollstreckbarerklärung . .	1117
XXIV. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels. . . . .	1117
XXV. Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 vom 12.12.2006 zur Einführung eines europäischen Mahnverfahrens . . . . .	1131
XXVI. Verordnung (EG) Nr. 861/2007 vom 11.7.2007 zur Einführung eines Europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen . . . .	1136
XXVII. Verordnung (EG) Nr. 4/2009 vom 18.12.2008 des Rates über die Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Unterhalts-sachen, die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhalts-entscheidungen und die Zusammenarbeit im Bereich der Unterhaltspflichten . . . . .	1138
XXVIII. Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz . . . . .	1138

## Dreizehnter Teil: Internationales Zwangsvollstreckungsrecht

I. Gerichtsbarkeit . . . . .	1143
1. Überblick . . . . .	1143
2. Völkerrechtliche Grenzen im Einzelnen . . . . .	1145
a) Bewegliche Sachen . . . . .	1145
b) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte. . . . .	1146
c) Forderungspfändung . . . . .	1147
d) Pfändung sonstiger Rechte . . . . .	1149
e) Herausgabe von Sachen . . . . .	1151
f) Ersatzvornahme von Handlungen und Unterlassungen . . . .	1151
g) Zwangsgeld . . . . .	1152
h) Worldwide Freezing (Mareva) Injunctions – Allgemeine Verfügungsverbote mit globalem Geltungsanspruch . . . . .	1153

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Internationale Zuständigkeit . . . . .	1153
1. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen . . . . .	1154
a) Pfändung von beweglichen Sachen einschließlich Wertpapieren, Forderungen aus Wechseln und anderen indossablen Papieren . . . . .	1154
b) Pfändung von Forderungen . . . . .	1154
2. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen . . . . .	1154
III. Anspruch auf Zwangsvollstreckung . . . . .	1154
IV. Zwangsvollstreckung nach deutschem Recht . . . . .	1155
V. Vollstreckungstitel . . . . .	1156
VI. Rechtsbehelfe . . . . .	1156
VII. Executio non conveniens . . . . .	1156
VIII. Enforcement shopping . . . . .	1157
IX. Gläubigeranfechtung außerhalb des Insolvenzverfahrens. . . . .	1157
X. Zustellung als Voraussetzung des Beginns der Zwangsvollstreckung . . . . .	1157
XI. Pfändung von Forderungen und sonstigen Rechten . . . . .	1158
1. Zustellungen . . . . .	1158
a) Zustellung an den Vollstreckungsschuldner. . . . .	1158
b) Fehlen eines Drittschuldners . . . . .	1158
c) Zustellung an den Drittschuldner . . . . .	1158
2. Voraussetzungen für den Erlass eines Pfändungsbeschlusses . .	1162
3. Zahlung des Drittschuldners an Vollstreckungsschuldner trotz (wirksamer) Pfändung. . . . .	1163
4. Rechtsstellung des Gläubigers gegenüber dem Drittschuldner .	1164
a) Vor Erlass des Überweisungsbeschlusses . . . . .	1164
b) Nach Erlass des Überweisungsbeschlusses. . . . .	1164
c) Maßgebliches Recht. . . . .	1164
5. Internationale Zuständigkeit für Klage des Gläubigers gegen den Drittschuldner . . . . .	1165
a) Überblick . . . . .	1165
b) Klagen vor inländischen Gerichten . . . . .	1165
6. Internationale Zuständigkeit für Klagen gegen den Pfändungspfandgläubiger . . . . .	1166
7. Zustellung der Klage . . . . .	1167
8. Klage im Ausland. . . . .	1167
XII. Pfändbarkeit, Pfändungsbeschränkungen und -erweiterungen . . .	1167
XIII. Schadensersatz wegen unberechtigter Vollstreckung. . . . .	1168
XIV. Anerkennung ausländischer Vollstreckungsakte. . . . .	1168
XV. Eidesstattliche Versicherung. . . . .	1169
XVI. Haftbefehl (§ 901 ZPO). . . . .	1170

## Vierzehnter Teil: Internationales Insolvenzrecht

### 1. Kapitel: Grundfragen

I. Rechtsquellen . . . . .	1176
1. Völkerrechtliche Verträge . . . . .	1176
2. Völkergewohnheitsrecht . . . . .	1178
3. Istanbuler Übereinkommen des Europarates vom 5.6.1990 über bestimmte internationale Aspekte des Konkurses . . . . .	1178
4. Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren . . . . .	1179
5. UNCITRAL-Modellbestimmungen . . . . .	1181
6. Autonomes deutsches Recht . . . . .	1181
II. Qualifikationsfragen . . . . .	1183
III. Gegenstand des internationalen Insolvenzrechts . . . . .	1185
1. Internationales Insolvenzverfahrensrecht . . . . .	1185
2. Internationales Insolvenzkollisionsrecht . . . . .	1189
IV. Gleichbehandlung in- und ausländischer Gläubiger . . . . .	1190
V. Universalitätsprinzip . . . . .	1191
1. Grundsätzliches . . . . .	1191
2. Anerkennung der insolvenztypischen Wirkungen aus- ländischer Verfahren . . . . .	1192
3. Partikularinsolvenzverfahren über das Inlandsvermögen . . . . .	1193
4. Gefährdung des Anspruchs auf effiziente Gesamtvoll- streckung durch einen utopischen Universalismus . . . . .	1197
5. Pflicht zur Herausgabe von Massegegenständen an den Verwalter . . . . .	1198
a) Pflichten des Gemeinschuldners . . . . .	1198
b) Herausgabepflichten der Gläubiger . . . . .	1200
VI. Internationale Zuständigkeit . . . . .	1201
1. Gleiche Anknüpfungspunkte für internationale An- erkennungszuständigkeit fremder Staaten wie für inter- nationale Entscheidungszuständigkeit Deutschlands nach dem Spiegelbildprinzip . . . . .	1201
2. Anknüpfungspunkte . . . . .	1202
3. Masseprozesse . . . . .	1203
4. Anfechtungsklagen . . . . .	1203
VII. Priorität des deutschen Universalinsolvenzverfahrens? . . . . .	1203
1. Problemstellung . . . . .	1203
2. Keine Relevanz ausländischer Insolvenzanhängigkeit . . . . .	1203
3. Deutsches Partikularinsolvenzverfahren . . . . .	1205
VIII. Koordination mehrerer Insolvenzverfahren . . . . .	1206
1. Überblick . . . . .	1206
2. Befugnisse der Verwalter . . . . .	1206

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Teilnahmerechte der Gläubiger . . . . .	1207
4. Insolvenzverwaltungsverträge . . . . .	1207
IX. Kein Vergeltungsrecht . . . . .	1207
X. Hilfs- und Rechtshilfeverfahren . . . . .	1207
<b>2. Kapitel: Deutsche Insolvenzverfahren mit Auslandsberührung</b>	
I. Umfang der Insolvenzmasse . . . . .	1208
1. Deutsche Insolvenzverfahren, welche das gesamte (insolvenzfähige) Vermögen des Schuldners weltweit erfassen wollen . . . . .	1208
2. Deutsche Insolvenzverfahren, die sich auf das in Deutschland belegene Schuldnervermögen beschränken . . . . .	1209
3. Freiwillige Beschränkung des deutschen Insolvenz- verfahrens? . . . . .	1211
4. Fehlentscheidung des deutschen Insolvenzgerichts . . . . .	1212
II. Gerichtsbarkeit . . . . .	1212
III. Internationale Zuständigkeit. . . . .	1213
1. Anknüpfungspunkte für die Verfahrenseröffnung . . . . .	1213
a) Universalinsolvenz . . . . .	1213
b) Partikularinsolvenz . . . . .	1216
c) Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren . . . . .	1217
2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	1217
3. Keine Zuständigkeitsvereinbarungen und keine kompetenzbegründende Einlassung. . . . .	1218
4. Keine kompetenzrechtliche vis attractiva concursus . . . . .	1218
5. Keine forum non conveniens-Prüfung . . . . .	1219
6. Prüfung von Amts wegen . . . . .	1220
7. Perpetuatio fori . . . . .	1220
8. Heilung von Zuständigkeitsmängeln . . . . .	1220
9. Keine internationale Ausschließlichkeit. . . . .	1220
IV. Insolvenzfähigkeit . . . . .	1220
V. Parteifähigkeit der Insolvenzmasse . . . . .	1221
VI. Abwicklung des deutschen Verfahrens nach der deutschen lex fori . . . . .	1221
VII. Vollstreckungsverbot während der Dauer des deutschen Insolvenzverfahrens. . . . .	1222
VIII. Zugriff auf das außerhalb Deutschlands gelegene Vermögen des Schuldners . . . . .	1222
IX. Bestätigter Insolvenzplan – Zwangsvergleich . . . . .	1225

	Seite
<b>3. Kapitel: Anerkennung der Wirkungen ausländischer Insolvenzverfahren</b>	
I. Überblick .....	1226
II. Einordnung als Insolvenzverfahren .....	1227
III. Verwaltungsbehördliche Insolvenzverfahren .....	1227
IV. Hauptwirkung der Anerkennung eines ausländischen Insolvenzverfahrens: Anerkennung der ausländischen Insolvenzverwaltung und deren Handlungsbefugnisse nach der lex fori concursus auch in Deutschland .....	1227
V. Anerkennung ohne Verbürgung der Gegenseitigkeit .....	1229
VI. Voraussetzungen für die Anerkennung der Verfahrenseröffnung im Ausland .....	1230
1. Wirksamkeit der ausländischen Insolvenzzentscheidung nach dem Recht des Eröffnungsstaates .....	1230
2. Extraterritorialer Geltungsanspruch aus der Sicht des Eröffnungsstaates .....	1231
3. Gerichtsbarkeit des Insolvenzeröffnungsstaates .....	1231
4. Internationale Zuständigkeit des Insolvenzeröffnungsstaates ..	1232
5. Vorbehalt des <i>ordre public</i> .....	1232
6. Vergleich mit den Anerkennungsvoraussetzungen des § 328 ZPO .....	1234
7. Vorrang eines deutschen Universal- oder Partikularinsolvenzverfahrens .....	1235
VII. Teilanerkennung .....	1235
VIII. Entscheidungen im Verlaufe des ausländischen Insolvenzverfahrens .....	1235
IX. Notwendigkeit der Vollstreckbarerklärung .....	1237
X. Kein besonderes (konstitutives) Anerkennungsverfahren .....	1237
XI. Öffentliche Bekanntmachung der Verfahrenseröffnung im Inland und Eintragung der Eröffnung im deutschen Grundbuch .....	1238
XII. Unterbrechung eines im Inland anhängigen (die Insolvenzmasse betreffenden) Rechtsstreits .....	1240
XIII. Einschränkung des Grundsatzes der Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren durch Zulassung der Einzel- oder Gesamtvollstreckung in Deutschland .....	1241
1. Einzelzwangsvollstreckung während des ausländischen Insolvenzverfahrens .....	1241
2. Gesamtwangsvollstreckung aufgrund eines deutschen Partikularverfahrens .....	1242
3. Anhang: Einzelzwangsvollstreckung nach Beendigung des ausländischen Insolvenzverfahrens .....	1243
4. Feststellungsprozesse .....	1243
5. Vollstreckbarerklärungsverfahren .....	1243

**4. Kapitel: Insolvenz kollisionsrecht und insolvenzrechtliche  
Sachnormen für Fälle mit Auslandsberührung**

I. Reichweite der lex fori concursus . . . . .	1243
1. Überblick . . . . .	1243
2. Anerkennungsfähigkeit. . . . .	1244
3. Schwebende Geschäfte . . . . .	1244
4. Sachnormen zum Schutz des inländischen Rechtsverkehrs . . . . .	1245
a) Schutz dinglicher Rechte Dritter . . . . .	1245
b) Leistung an den Schuldner. . . . .	1246
c) Verfügungen über unbewegliche Gegenstände, die im Inland belegen sind. . . . .	1247
d) Verfügungen über bewegliche Gegenstände, die im Inland belegen sind. . . . .	1248
5. Ausnahmen zugunsten der „normalen“ IPR-Anknüpfung . . . . .	1248
a) Miet-, Pacht- und sonstige Nutzungsverhältnisse . . . . .	1248
b) Kaufverträge, Mietkauf- und Leasingverträge über unbewegliche Sachen . . . . .	1248
c) Arbeitsverhältnisse . . . . .	1249
II. Aussonderungs-, Absonderungs- und sonstige besondere Rechte . . . . .	1249
III. Insolvenzanfechtung . . . . .	1250
IV. Insolvenzaufrechnung . . . . .	1253
V. Insolvenzbedingtes Erlöschen von Forderungen und sonstigen Rechten . . . . .	1254
1. Insolvenzplan (Zwangsvergleich) . . . . .	1254
2. Restschuldbefreiung. . . . .	1255
VI. Organisierte Märkte . . . . .	1257
VII. Pensionsgeschäfte . . . . .	1257
VIII. Schutz des Zahlungsverkehrs in einem System nach § 1 XVI des Kreditwesengesetzes . . . . .	1257

**Fünfte Teil: Internationale Rechtshilfe**

I. Überblick . . . . .	1258
II. Rechtsgrundlagen . . . . .	1258
1. Völkerrecht . . . . .	1258
2. Europäisches (sekundäres) Gemeinschaftsrecht . . . . .	1259
3. Nationales Recht . . . . .	1259
III. Entscheidung über den Rechtshilfeantrag . . . . .	1260
IV. Ausführung des ausländischen Rechtshilfeersuchens . . . . .	1261
1. Staatsverträge . . . . .	1261
2. Vertragslose Rechtshilfe . . . . .	1262

## Sechzehnter Teil: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit

### 1. Kapitel: Rechtsquellen

I. Völkerrechtliche Abkommen und Konventionen auf dem Gebiet der privaten Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	1268
1. VN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.6.1958 . . . . .	1269
2. Europäisches (Genfer) Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.4.1961 . . . . .	1269
3. Übereinkommen auf Spezialgebieten . . . . .	1270
II. Übernahme des UNCITRAL-Modellgesetzes im neuen autonomen deutschen Recht. . . . .	1273

### 2. Kapitel: Grundfragen

I. Abgrenzung zur völkerrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit. . . . .	1274
II. Problem der „Anbindung“ eines internationalen Schiedsverfahrens. . . . .	1274
III. Unterscheidung zwischen dem Statut des Schiedsverfahrens, der Schiedsvereinbarung und des Streitgegenstandes . . . . .	1277
IV. Perspektive des staatlichen Richters in Deutschland. . . . .	1278
1. Einwand der „Derogation“ der Zuständigkeit des staatlichen Gerichts durch Vereinbarung der schiedsgerichtlichen Erledigung. . . . .	1278
2. Mithilfe des staatlichen Gerichts bei der Konstituierung des ausländischen Schiedsgerichts . . . . .	1281
3. Hilfstätigkeiten der deutschen staatlichen Gerichte für ausländische Schiedsverfahren . . . . .	1282
a) Zustellungen. . . . .	1283
b) Beweisaufnahme. . . . .	1285
4. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruches eines ausländischen Schiedsgerichts . . . . .	1287
V. Unterschiede zwischen der „Behandlung“ in- und ausländischer Schiedssprüche . . . . .	1289
VI. Internationale Schiedssprüche . . . . .	1290

### 3. Kapitel: Die Schiedsvereinbarung als Basis für die „Zuständigkeit“ des Schiedsgerichts

I. Prinzip der Freiwilligkeit der Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	1293
II. Auf die Schiedsvereinbarung anzuwendendes Recht (Statut der Schiedsvereinbarung) . . . . .	1293
1. Notwendigkeit der kollisionsrechtlichen Fragestellung . . . . .	1293
2. Parteiautonomie als maßgebliche Anknüpfung . . . . .	1293



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Internationaler Bezug . . . . .	1294
4. Fehlen einer ausdrücklichen Rechtswahl . . . . .	1295
5. Reichweite des Statuts der Schiedsvereinbarung. . . . .	1296
6. Selbständige Anknüpfung des Statuts der Vollmacht zum Abschluss der Schiedsvereinbarung . . . . .	1296
7. Form. . . . .	1297
8. Favor validitatis. . . . .	1298
III. Wirkungen der Vereinbarung eines ausländischen Schieds- gerichts. . . . .	1298
1. Prozessrechtliche Wirkung: Ausschluss des Zugangs zu den an sich zuständigen deutschen Gerichten . . . . .	1298
a) Fortbestehen der internationalen Zuständigkeit Deutschlands . . . . .	1298
b) Anwendung des § 1032 ZPO auch bei Maßgeblich- keit ausländischen Rechts . . . . .	1299
2. Materiell-rechtliche Wirkungen. . . . .	1299
IV. Verfahrensvereinbarungen . . . . .	1300
V. Umfang des Statuts der Schiedsvereinbarung. . . . .	1300
VI. Objektive Schiedsfähigkeit . . . . .	1301
VII. Ausschließliche Zuständigkeit für das (hypothetische) Verfahren vor dem staatlichen Gericht. . . . .	1302
VIII. Subjektive Schiedsfähigkeit . . . . .	1302
IX. Subjektive Grenzen der Schiedsvereinbarung. . . . .	1304
X. Aufrechnung. . . . .	1304
XI. Unwirksamkeit der „abgenötigten“ Schiedsvereinbarung . . . . .	1305
XII. Einstweiliger Rechtsschutz. . . . .	1305
XIII. Kompetenz-Kompetenz . . . . .	1306
XIV. Abgesonderte Entscheidung des Schiedsgerichts über seine „Zuständigkeit“ . . . . .	1307
XV. Verbot des venire contra factum proprium . . . . .	1308
XVI. Schiedsorganisationsvertrag . . . . .	1308

## 1. Kapitel: Das Verfahren vor dem Schiedsgericht

I. Schiedsverfahrensstatut: Das auf das Schiedsverfahren anwendbare Recht . . . . .	1309
1. Vereinbarung der Parteien über das maßgebliche Schiedsverfahrensrecht . . . . .	1309
2. Auseinanderfallen von Schiedsvereinbarungs- und Schiedsverfahrensstatut . . . . .	1310
3. Aufspaltung des Schiedsverfahrensstatuts auf einzelne Aspekte des Schiedsverfahrens . . . . .	1310
4. Rechtswahl während des Schiedsverfahrens . . . . .	1311

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Formfragen .....	1311
6. Fehlen einer Rechtswahl .....	1311
II. Wirkungen der Schiedsanhängigkeit .....	1311
1. Prozessrechtliche Wirkungen .....	1311
2. Materiell-rechtliche Wirkungen .....	1312
III. Keine Beachtung des Prinzips „le criminel tient le civil en l'etat“ .....	1313
<b>5. Kapitel: Das Schiedsgericht</b>	
I. Staatsangehörigkeit der Schiedsrichter .....	1313
II. Befangenheit der Schiedsrichter .....	1314
III. Schiedsrichtervertrag .....	1314
<b>6. Kapitel: Durchführung des Schiedsverfahrens</b>	
I. Gerichtsbarkeit .....	1315
II. Partei- und Prozessfähigkeit .....	1316
III. Prozesskostenhilfe .....	1316
IV. Ausländersicherheit (aktorische Kautiön) .....	1316
V. Zustellung .....	1316
VI. Beweiserhebung .....	1317
VII. Kognitionsbeschränkungen bezüglich Vorfragen .....	1317
1. Grundsatz .....	1317
2. Aussetzungspflicht nach § 107 FamFG .....	1318
VIII. Keine Vorlagebefugnis zum Bundesverfassungsgericht und zum Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) .....	1318
<b>7. Kapitel: Schiedsgericht und internationales Privatrecht</b>	
I. Überblick .....	1318
II. Amiable compositeur .....	1320
III. Feststellung ausländischen Rechts .....	1322
<b>8. Kapitel: Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche</b>	
I. Grundsätzliches .....	1322
II. Rechtsgrundlagen .....	1324
1. Staatsverträge .....	1324
2. Keine Rückgriffsmöglichkeit mehr auf anerkennungs- freundlicheres autonomes Recht nach Reform des deutschen Schiedsverfahrensrechts .....	1324
III. Anerkennung auch ohne Verbürgung der Gegenseitigkeit .....	1325

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Anwendungsvoraussetzungen des § 1061 ZPO unter Weiterverweis auf das VN-Übereinkommen vom 10.6.1958. . . . .	1325
V. Exequaturentscheidungen ausländischer staatlicher Gerichte . . . .	1331
VI. Verurteilungen zur Kostenerstattung . . . . .	1332
VII. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung trotz Aufhebung des Schiedsspruchs im Ausland? . . . . .	1332
VIII. Anerkennungs- bzw. Vollstreckbarerklärungshindernisse . . . . .	1333
1. Überblick . . . . .	1333
2. Präklusion der Versagungsgründe, wenn von der Möglichkeit, die Aufhebungsklage im Ausland zu erheben, kein Gebrauch gemacht wurde? . . . . .	1333
3. Fehlen bzw. Unwirksamkeit einer Schiedsvereinbarung . . . . .	1335
4. Verstoß gegen die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	1337
a) Ordre public-Widrigkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens . . . . .	1338
b) Ordre public-Widrigkeit des Schiedsspruchs . . . . .	1341
5. § 826 BGB als ultimative Anerkennungsbremse? . . . . .	1343
IX. Vollstreckbarerklärungsverfahren in mehreren Staaten wegen desselben Schiedsspruchs . . . . .	1343
X. Staatenimmunität oder aus dieser abgeleitete Immunität als Einwand gegen die Anerkennung und Vollstreckung eines ausländischen Schiedsspruchs oder nur gegen die Zwangsvollstreckung als solche? . . . . .	1344
XI. Erfüllungsklage aus Schiedsspruch . . . . .	1344
XII. Gerichtliche Feststellung, dass der Schiedsspruch im Inland wegen Nichtanerkennung keine Wirkung entfaltet . . . . .	1344
XIII. Materiell-rechtliche Einwendungen . . . . .	1345
XIV. Anerkennung von Entscheidungen staatlicher Gerichte auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	1345
1. Hilfstätigkeiten im Sinne des § 1050 ZPO. . . . .	1345
2. Ernennung und Ablehnung bzw. Abberufung von Schiedsrichtern. . . . .	1346
3. Festlegung des Schiedsortes . . . . .	1346
4. Verlängerung der für die Fällung des Schiedsspruchs bestehenden Frist. . . . .	1346
5. Vorabentscheidung materiell-rechtlicher Fragen (statement of special case). . . . .	1346
6. Feststellung der Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung und deshalb Verbot an die Parteien, das Schiedsverfahren (weiter) zu betreiben. . . . .	1346
7. Feststellung der Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung und damit der Zuständigkeit des Schiedsgerichts für einen bestimmten Rechtsstreit . . . . .	1347

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Aufhebung des Schiedsspruchs. . . . .	1348
a) Aufhebung in seinem „Heimatland“ . . . . .	1348
b) Aufhebung in einem dritten Staat . . . . .	1350
c) Aufhebung der deutschen Vollstreckbarerklärung nach (im Inland anerkennungsfähiger) Aufhebung im Ausland. . . . .	1351
d) Sachentscheidung eines ausländischen staatlichen Gerichts nach Aufhebung des Schiedsspruchs im Ausland. . . . .	1351
9. Abweisung der Aufhebungsklage als unbegründet . . . . .	1351
10. Konstitutive Bestätigung eines Schiedsspruchs durch ein ausländisches Gericht. . . . .	1352
11. Versagung der konstitutiven Bestätigung durch das ausländische Gericht . . . . .	1353
12. Vollstreckbarerklärung des ausländischen Schiedsspruchs . . .	1353
13. Abweisung der Vollstreckbarerklärung als unbegründet. . . . .	1353
14. Verurteilung der Partei(en) zur Zahlung des Schiedsrichter- honorars . . . . .	1353
15. Nichtanerkennung der Sachentscheidung eines aus- ländischen staatlichen Gerichts, welches die Schiedsklausel glatt ignoriert hat . . . . .	1353
XV. Nichtvertragliche Schiedsgerichte. . . . .	1354
XVI. Schiedsvergleiche . . . . .	1354
 <b>Anhang</b> . . . . .	 1355
I. Verzeichnis der Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) vorwiegend zum EuGVÜ . .	1355
II. Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen . .	1369
III. Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 . . . . .	1408
IV. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen .	1445

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates . . . . .	1469
VI. Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren. . . . .	1481
VII. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen . . . . .	1508
VIII. Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens . . . . .	1519
IX. Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen. . . . .	1533
X. Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen. . . . .	1546
XI. Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	1579
XII. United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property on 2 December 2004 . . . . .	1594
XIII. Haager Übereinkommen vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen . . . . .	1605
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>1643</b>